

Auswärtiger Ausschuss
Wortprotokoll
35. Sitzung

Berlin, den 06.04.2011, 14:00 Uhr
- Öffentliche Anhörung -
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 2.800

Vorsitz: Ruprecht Polenz, MdB

Thema der öffentlichen Anhörung

Die Gesamtsituation im Nahen Osten und in Nordafrika

Sachverständige:

- **Dr. Mustafa Barghouti**, Ramallah
- **Rudolf Chimelli**, Paris
- **Prof. Dr. Gudrun Krämer**, Leiterin des Instituts für Islamwissenschaft an der Freien Universität, Berlin
- **Dr. Hardy Ostry**, Teamleiter Afrika und Naher Osten der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin
- **Prof. Dr. Volker Perthes**, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Interfraktioneller Fragenkatalog

1. Wie gestaltet sich die aktuelle Lage in der Region und welche Szenarien zeichnen sich ab?
2. Wohin steuert die Demokratiebewegung insbesondere in Ägypten und Tunesien und welche Institutionellen und verfassungsmäßigen Strukturen kristallisieren sich heraus?
3. Was kann von außen getan werden, um diese Prozesse zu befördern?
4. Welche Rolle spielt der politische Islam unter Berücksichtigung moderater und extremer Kräfte?
5. Welche Rolle spielen konfessionelle Aspekte in den gegenwärtigen Umwälzungen und welche gesellschaftspolitischen Folgen – insbesondere mit Blick auf religiöse Minderheiten – ergeben sich hieraus?
6. Welche Instrumente sollen Deutschland und die EU zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Ländern nutzen oder entwickeln?
7. Was bedeuten die Entwicklungen für den Nahost-Friedensprozess und die Sicherheit Israels?

Der Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, dass Sie Platz nehmen. Ich eröffne die 35. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die wir als eine öffentliche Anhörung zur Gesamtsituation im Nahen Osten und Nordafrika gestalten wollen. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen und ich freue mich, dass zu dieser Sitzung auch Mitglieder des Verteidigungs-, des Innen- und des Europaausschusses kommen werden und schon da sind zum Teil, sowie der Ausschüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Die Präsenz auch von Kollegen aus anderen Ausschüssen unterstreicht, dass die Auswirkungen des Wandels, der sich vor unseren Augen in dieser Region vollzieht, nicht allein für die Außenpolitik, sondern eben auch für die Politik dieser Ausschüsse, die sich mit Sicherheitsfragen, humanitären Fragen und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Menschenrechte in besonderer Weise befassen, dass es auch für diese Ausschüsse eine besondere Herausforderung bedeutet.

Ein besonderer Gruß gilt natürlich den Sachverständigen, die unserer Einladung zu dieser Anhörung gefolgt sind. Zunächst darf ich Frau **Prof. Dr. Gudrun Krämer** sehr herzlich begrüßen, die Leiterin des Instituts für Islamwissenschaft und Direktorin der Berliner Graduate School „Muslime Cultures and Societies“ an der Freien Universität Berlin. Außerdem freuen wir uns – und er hatte die weiteste Anreise, glaube ich mal –, dass Herr **Dr. Mustafa Barghouti**, einer der führenden Vertreter der Palästinenser im Westjordanland, den Weg zu uns gefunden hat. Sie sind von Ramallah hierher gekommen – herzlich willkommen, Herr Dr. Barghouti. Ich begrüße sehr herzlich Herrn **Rudolf Chimelli**. Sie haben viele Jahre als Korrespondent der Süddeutschen Zeitung aus der arabischen Welt berichtet, und wir freuen uns, dass wir Ihre Artikel und Analysen nach wie vor lesen können. Wir verfolgen Ihre Berichte mit großem Interesse. Herr Chimelli, ganz herzlich willkommen. Ich begrüße Herrn **Dr. Hardy Ostry**. Herr Dr. Ostry ist der Teamleiter Afrika und Naher Osten bei der Konrad-Adenauer-Stiftung – herzlich willkommen, Herr Dr. Ostry. Und last but not least Herr **Prof. Dr. Perthes**, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, allen von uns gut bekannt. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie da sind.

Bevor die Sachverständigen uns in das Thema einführen werden – und sie haben ja ihre Berichte auch schriftlich abgegeben; es wird also noch einmal einen komprimierten Vortrag geben –, möchte ich noch einige wenige Bemerkungen vorweg machen.

Wir haben in den letzten Wochen Bilder gesehen, zunächst aus Tunesien, dann vom Tahrir-Platz in Kairo, dann von anderen arabischen Staaten; und Analogien wurden gezogen zu 1989 und die Frage war: Ist das Leipzig, ist das vielleicht Peking? Oder andere haben Analogien gezogen zu 1979. Aber ich glaube, Analogien führen eher in die Irre und wir sollten – und das haben wir auch in Parlamentsdebatten seit der Zeit immer wieder zum Ausdruck gebracht – zunächst einmal deutlich machen, dass unsere Sympathien den hunderttausenden, ganz überwiegend jungen Menschen gelten, die friedlich und mit großem persönlichen Mut auf die Straße gegangen sind, um politische, wirtschaftliche und soziale Reformen durchzusetzen. Und jedenfalls in Tunesien und Ägypten ist es ihnen gelungen, die Tür zu einer umfassenden Neugestaltung des politischen Lebens weit aufzustoßen.

Wie diese Neugestaltung aussehen wird und welche Kräfte sie bestimmen werden, ist allerdings noch offen. Und offen ist auch, ob und inwieweit die *Winds of Change*, die in Tunis und Kairo wehen, auch andere arabische Staaten erfassen werden, oder ob sich dort nicht der Gegenwind als stärker erweisen wird. Die jüngsten Bilder aus Bahrain und Syrien, aus dem Jemen und erst recht aus Libyen geben aus verschiedenen Gründen Anlass zur Besorgnis, dass ziviler Protest in

verschärfte Repressionen, Staatszerfall oder auch offenem Bürgerkrieg enden können. Ob es vor diesem Hintergrund in Saudi-Arabien, Jordanien, Algerien oder Marokko auf Dauer gelingen wird, sich wie bisher eher im Windschatten zu halten, dürfte ebenfalls noch nicht entschieden sein. Es ist auch offen, wie die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen auf die Umbrüche bei ihren arabischen Nachbarn reagieren werden. Angesichts dieser Unwägbarkeiten ist es vielleicht auch verständlich, dass der politische Umbruch in der arabischen Welt in Israel nicht ebenso enthusiastisch begrüßt wird wie bei uns, und man dort eher skeptisch fragt, was danach kommt. Die gesicherte Existenz Israels ist ein Grundsatz deutsche Außenpolitik und wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, solche Fragen nicht ernst zu nehmen, wenn wir unsererseits in Jerusalem Gehör finden wollen mit der berechtigten Ermahnung, im Nahost-Friedensprozess mehr Engagement zu zeigen.

Wir haben uns – und jetzt komme ich zu den geschäftsleitenden Hinweisen – für diese Anhörung drei Stunden Zeit gegeben. Und wir möchten diesen Zeitrahmen einhalten, nicht zuletzt deshalb, weil beispielsweise Herr Barghouti sonst seinen Flieger verpassen würde, Ich bitte uns alle um die entsprechende Disziplin, damit die Fragen nicht nur gestellt, sondern auch beantwortet werden können. Die Sachverständigen erhalten jetzt zunächst so, wie sie jetzt hier neben mir sitzen, das Wort zu einer einführenden Bemerkung bis zu etwa zehn Minuten Dauer. Und dann kommen – wie wir das üblicherweise auch so machen – die Fraktionen in einer ersten Runde mit Fragen zu Wort, dann gibt es Antworten, und dann gehen wir in die nächste Runde. So werden wir die Anhörung in einem, wie ich hoffe, mehr dialogartigem Stil auch durchführen können, so dass die Fragen, die wir mitgebracht haben, dann hoffentlich auch alle gestellt und – wie wir hoffen – natürlich auch alle von Ihnen beantwortet werden können.

Ich darf jetzt als erstes Herrn Dr. Barghouti um das Wort bitten. Noch mal herzlich willkommen. Herr Barghouti, Sie haben das Wort.

Dr. Mustafa Barghouti (*deutsche Übersetzung*): Vielen Dank. Danke Ihnen allen für die Einladung, hier an dieser wichtigen Sitzung teilzunehmen. Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen und ich hoffe, dass wir alle was davon haben werden.

Ich möchte meine ersten zehn Minuten nutzen, indem ich ganz kurz spezifisch darauf eingehe, was im Nahen Osten vor sich geht. Das erste Thema ist, dass das, was Sie sehen in der arabischen Welt, meiner Meinung nach eine Revolution ist, vor allem gegen totalitäre Systeme. Und wenn ich von totalitären Systemen spreche, dann meine ich alle Systeme, die charakterisieren durch eine Ein-Parteien-Herrschaft oder eine Ein-Mann-Herrschaft oder Herrschaft durch eine Gruppe oder durch einen Clan. Das ist das allgemeinste Merkmal, das zutrifft auf diese Situation. Es ist eben so, dass diese Revolutionen gerichtet sind gegen totalitäre Systeme, die schon seit vielen Jahren an der Macht sind. Es gibt allgemeine Merkmale, die allen Revolutionen gemein sind, egal, ob wir von Ägypten, Tunesien, Jemen oder anderen Ländern sprechen. Aber es gibt auch spezifische Unterschiede in jedem Land.

Das erste allgemeine Merkmal ist, dass es eine Revolte ist gegen den Totalitarismus. Der zweite Punkt ist, es ist eine Revolte gegen eine Situation, die seit Jahrzehnten herrscht, wo es einen Zusammenschluss gab zwischen dem Staatsapparat und den Menschen, die den Staatsapparat kontrollieren, und der Wirtschaft. Und das hat zu vier Phänomenen geführt. Erstens einen Anstieg von Nepotismus und Klientelwirtschaft im System, zweitens Korruption, drittens Monopole, die die Wirtschaft kontrollieren, und letztlich das Aufkommen von parasitären Gruppen, die mit der normalen regulären Wirtschaft im Wettbewerb stehen und sie quasi verdrängen.

Das dritte allgemeine Merkmal ist die Partizipation der jungen Menschen. Und das spiegelt den großen Unterschied wieder zwischen dem, was diese jungen Menschen weltweit sehen können,

durch Globalisierung, durch drei große Revolutionen, so wie ich das sehe. Nämlich die Kommunikationsrevolution, die Medienrevolution und die Informationsrevolution. Mit diesen drei Instrumenten war es den jungen Menschen in der arabischen Welt möglich, die Welt zu sehen. Und sie wissen, was ihnen entgeht. Das ist sehr gut beschrieben worden, falls Sie das interessiert, in einigen UNDP-Berichten, die *Human Development Reports*. An einigen habe ich selber mitgeschrieben. Und diese Berichte haben vor mehr als zehn Jahren schon alle Probleme identifiziert, vor denen wir heute stehen. Und leider hat man nicht aus diesen Berichten gelernt, sondern es wurde beschlossen, diese Berichte nicht zu veröffentlichen, weil die Regierungen damit nicht einverstanden waren.

Das vierte allgemeine Merkmal ist, dass es eine Revolution ist, die den Widerspruch aufdeckt zwischen Tradition und Moderne. Wir sehen moderne Kräfte in der arabischen Welt, die versuchen, sich der Moderne zu verschließen, die die Moderne anstreben und traditionelle Kräfte, die sich der Moderne verschließen. Aber es gibt natürlich auch spezifische Merkmale in bestimmten Ländern. In Libyen und Jemen gibt es z.B. die Stämme, die eine wichtige Rolle spielen. In Bahrain ist es die Frage der religiösen Unterschiede zwischen Schiiten und Sunniten, die eine Rolle spielt. Aber das heißt nicht, dass diese Themen die Hauptthemen wären. Das sind Merkmale um die Kernthemen herum. Und deswegen verwechselt man das leicht, wenn man versucht zu verstehen, was da eigentlich passiert.

Das wichtigste Merkmal, das man verstehen muss, ist, dass die arabischen Völker nach Demokratie streben. Sie streben nach einem Ende des Totalitarismus, wo immer sie sind. Und sie streben nach Demokratie, so wie sie jeder andere auch genießen darf. Und ich glaube, dass in unserer modernen Zeit dies die dritte große Welle der demokratischen Transformation ist. Die erste Welle war in Osteuropa, die zweite in Lateinamerika und die dritte Welle, die sehen wir heute in der arabischen Welt. Und das ist nicht eine Sache, die in ein paar Monaten abgeschlossen sein wird. Das wird Jahre dauern. Und es wird auch nicht in einem bestimmten Land zum Ende kommen, diese Entwicklung, sondern ich glaube, sie wird sich in der ganzen Region auswirken.

Bei diesem Prozess muss man feststellen, dass die Frage der Massenmedien, der sozialen Medien, ein wichtiger Faktor ist, aber nicht der Grund für das, was passiert ist. Das ist nur ein Faktor, der die Dinge erleichtert hat. Aber die Gründe – das ist das, was ich angesprochen habe -, diese Widersprüche, die seit Jahrzehnten am köcheln sind.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte – und das ist wichtig in diesem Zusammenhang -, ist, dass das, was wir gesehen haben in der arabischen Welt – und das ist auch die wichtigste Lektion, die die Palästinenser im Moment lernen -, das ist die Macht der Gewaltfreiheit, die Macht der Bevölkerung, die Macht der Jugend. Ägypten und Tunesien sind vielleicht die sauberste Form, vertreten die sauberste Form dieses gewaltfreien Kampfes. Oft hängt die Situation natürlich ab von der Reaktion der anderen Seite. Und deshalb sieht man in Jemen und Libyen z.B. die Gewalt. Aber praktisch gesehen ist es so, wenn die Menschen die Chance haben dazu, dann läuft die Sache hauptsächlich gewaltfrei ab.

Der vierte Punkt, den ich machen möchte: Wir stehen immer noch am Anfang des Prozesses. Kein Land kann sich den Ereignissen verschließen. Es wird interessant sein zu beobachten, was in Saudi-Arabien, in den Golfstaaten, in Syrien passiert und natürlich in Palästina.

Punkt Fünf hat mit Ihrer Frage zu tun nach den islamischen Kräften. Ich glaube, die islamischen Kräfte sind ein wichtiger Teil dieser Bewegung, aber sie sind nicht die Bewegung an sich und sollten auch nie als solche betrachtet werden. Sie sind Teil dieses Prozesses, weil sie ein wichtiger Teil der Opposition sind in diesen Ländern. Die meisten dieser Gruppen sind meiner

Meinung nach eher den moderaten Kräften zuzuordnen. Aber die islamischen Kräfte selbst, die sehen sich zwei Widersprüchen gegenüber. Einmal eine interne Dynamik innerhalb dieser Gruppen, die nach interner Demokratie innerhalb dieser Bewegungen ruft. Vor allem junge Menschen. Und ich habe viele junge Anführer dieser Bewegung in Ägypten und Tunesien getroffen. Und man konnte spüren, dass sie auch Reformen innerhalb der Oppositionsparteien fordern. Und die zweite Herausforderung für diese Gruppen ist die Frage, ob sie das türkische Modell annehmen wollen, ob sie die Demokratie akzeptieren werden oder in die andere Richtung gehen. Das, was wir bislang gesehen haben, deutet darauf hin, dass das türkische Modell das ist, das Akzeptanz findet, zumindest in Tunesien und Ägypten.

Mein sechster Punkt ist, dass man Veränderungen erwarten muss in der ganzen Region. Über viele Jahre waren die arabischen Länder, die arabische Welt ein Spielfeld für den Machtkampf zwischen Iran, Türkei und Israel. Und der arabische Faktor war eigentlich abwesend. Und ich glaube, das wird sich jetzt ändern. Vor allem im Hinblick auf die Veränderungen in Ägypten und der Rolle Ägyptens. Ich glaube, wir werden da mehr Transparenz sehen, aber auch mehr kraftvolle Interaktionen dieser Länder mit der Einführung der Demokratie. Was wir da sehen, ist nicht nur eine Revolution, wir sehen auch einen Prozess, wo es um Bemühungen der Machtverteilung und der Wohlstandsverteilung geht. Und es gibt hier dadurch größere Chancen für echte wirtschaftliche Entwicklungen in diesen Ländern. Aber man muss auch sehen, dass aufgrund der großen sozialen Kluft in diesen Ländern es Forderungen gibt nicht nur nach politischer Demokratie, sondern auch nach sozialer Demokratie. Und das ist der Faktor, den man berücksichtigen muss.

Meine letzten Bemerkungen beziehen sich auf die Situation in Israel und Palästina. Ich glaube, dass Israel von nun an nicht mehr behaupten kann bzw. nicht mehr so tun kann, als sei es die einzige Demokratie im Nahen Osten. Und wenn Israel das als Verlust betrachtet, dann wird Israel verlieren. Wenn ich an Israels Stelle wäre, würde ich es als Gewinn betrachten, denn es ist ja nichts Schlechtes dabei, wenn man in einer Familie demokratischer Länder sich befindet. Man kann das Ganze auch positiv sehen, als gute Chance für einen guten Frieden auf Grundlage von gegenseitigem Respekt, gegenseitigem Interesse und dem Ausgleich von Interessen. Dazu kann es kommen, wenn Israel einem Ende der Besatzung zustimmt, wenn Israel einen unabhängigen palästinensischen Staaten entstehen lässt und wenn Israel das Apartheid-System beendet, das leider entstanden ist in Palästina. Meiner Meinung nach sehen wir hier die Möglichkeit eines komplett neuen Sicherheitskonzeptes. Sicherheit, die sich nicht auf Macht gründet, sondern auf Demokratie. Und gibt es ein besseres Beispiel dafür als das, was Sie hier selbe in Europa erlebt haben, wo der dauerhafteste Frieden der Frieden gewesen ist – schon immer -, der zwischen Demokratien geschlossen wird? Wenn man die andere Seite akzeptiert als demokratischen Partner, dann akzeptiert man natürlich auch, dass der Partner die selben Rechte hat wie man selbst. Und das bezieht sich auch auf Palästina.

Ich versuche, mich hier kurz zu fassen. Ich finde das sehr wichtig. Wir hatten zweimal demokratische Übungen: Einmal 1967, als wir zum ersten Mal echte demokratische Kommunalwahlen hatten. Und Israel hat es innerhalb von zwei Jahren abgeschafft, weil ihnen die Ergebnisse nicht gefallen haben. Und das zweite Mal war 2006, und da wissen Sie alle, wie das ausging. In beiden Fällen waren wir der Ansicht, dass unsere Demokratie abgeschlachtet worden ist. Und Palästinenser, die glauben, sie haben die arabische Welt inspiriert 1978, die fühlen sich jetzt inspiriert durch das, was in der arabischen Welt passiert.

Und ich glaube, das wird sich in dreierlei Art und Weise auswirken auf die Palästinenser. Erstens ist es die Verbreitung der Idee der Gewaltfreiheit. Und ich bin stolz auf die Tatsache, dass ich Anführer einer Gruppe bin, die seit acht Jahren für die Gewaltfreiheit eintritt als Ansatz. Ich bin

stolz darauf, dass alle politischen Kräfte in Palästina, selbst die Hamas, zugeben, dass dieser Ansatz wahrscheinlich der beste ist für die Palästinenser.

Zweitens bedeutet das, dass wir in Palästina auch auf interner Demokratie bestehen. Und es wäre drastisch falsch, wenn wir versuchen würden, weiterhin ein Polizeisystem, ein Sicherheitssystem intern aufzubauen in Palästina, das das nachahmt, was in Ägypten und anderen Ländern passiert ist, wo dort diese Regimes auseinander brechen. Es wäre ein Fehler zu akzeptieren, dass das Budget der Autonomiebehörde in Palästina weiterhin 35 Prozent der Ausgaben für Sicherheit ausgibt, und viel weniger für das, was man wirklich braucht, Bildung, Landwirtschaft, Gesundheit usw. Die Palästinenser bewegen sich jetzt, weil sie diese Spaltung nicht akzeptieren zwischen Hamas und Fatah. Und sie akzeptieren es nicht, weiterhin regiert zu werden durch zwei autokratische Systeme. Die jungen Menschen bestehen darauf, Demokratie und Einheit gleichzeitig zu bekommen.

Und mein letzter Punkt: In der Situation eines Friedensprozesses – und den gibt es heute nicht, der Friedensprozess ist tot, sagen wir das mal ganz offen. Gerade bevor ich hierher kam, hat Israel angekündigt, dass 7.200 neue Siedlungseinheiten gebaut werden sollten. Das ist so drastisch, so viel, dass das jede Möglichkeit einer Erneuerung des Friedensprozesses im Keim ersticken könnte. Wenn das so weitergeht, dann kann man erwarten, dass es in großem Maße einen gewaltfreien Widerstand und Aufstand gibt in Palästina. Das ist die einzige Lösung, die den Palästinensern bleibt angesichts dieser Situation. Das Wichtigste ist meiner Meinung nach heute, dass man erkennt, dass Israel nicht mehr straffrei handeln kann. Israel darf nicht außerhalb des Völkerrechts stehen. Israel darf nicht über den Menschenrechten stehen. Israel darf nicht weiterhin den Palästinensern ihr Recht auf Demokratie verweigern, sowie das Recht auf Würde, auf Unabhängigkeit und Souveränität. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Barghouti, für diese konzentrierte und sehr informative Darstellung der Entwicklung, wie Sie sie sehen. Wir kommen jetzt zu dem Statement von Herrn Chimelli. Ich darf Ihnen gleich ohne weiteres das Wort erteilen.

Rudolf Chimelli: Danke. Meine Damen, meine Herren, ich freue mich sehr, bei Ihnen zu sein. Ich danke Ihnen, Herr Polenz, für die Einladung. Mir fiel auf, dass Sie eingangs in Ihren ersten Worten Peking erwähnt haben. Zufällig war ich in der vorletzten Woche zusammen mit dem früheren chinesischen Botschafter in Paris, der heute eine hohen, aber nicht näher definierte Position in Peking hat. Und ich habe ihn gefragt – wir haben natürlich über Libyen gesprochen -: „Warum haben Sie Ihr Veto nicht eingelegt?“ Dann hat er fein gelächelt und hat gesagt: „Viele Gründe. Aber einer der Gründe, den man nicht unterschätzen soll, ist, dass Gaddafi von einem Tien An Men-Massaker gesprochen hat. Das hat unseren Leuten nicht gefallen.“ Das finde ich nebenbei ganz interessant.

Was wir heute erleben, das ist etwas ganz Neues auf der anderen Seite des Mittelmeeres und östlich des Mittelmeeres. Da entsteht etwas, was wir nicht gekannt haben. Vielleicht wird es nicht der Untergang des Morgenlandes werden, hoffentlich nicht. Das könnte nur passieren, wenn es zu einem Krieg gegen Iran käme. Das wäre wirklich die große Katastrophe, aus der wohl kein Land und wahrscheinlich kein Individuum des Nahen Ostens ungeschoren hervorgehe. Aber so, wie die Dinge im Augenblick aussehen, wünscht sich so etwas sicher nicht Herr Obama, wahrscheinlich nicht einmal Präsident Sarkozy und ich glaube, Bush – wenn er auch an der Macht wäre – würde es auch bleiben lassen. Diesen Risikofaktor können wir wahrscheinlich für die nächste Zeit ausschließen. Aber die Veränderungen sind so groß und so unübersehbar, dass wir noch keine Ahnung haben, wo es hinläuft.

Es ist eine Revolution, ohne Zweifel. Aber es ist eine Revolution, wie wir sie selten erlebt haben.

Es ist eine Revolution ohne Führer, ohne Programm, ohne strukturierte Parteien, ohne Kaderorganisation, die das Ganze in die Hand nehmen könnte. Das unterscheidet die arabischen Revolutionen, die jetzt im Gang oder am Köcheln sind, ganz wesentlich von anderen historischen Revolutionen, die wir erlebt haben - von der Oktoberrevolution, die ja die Kommunistische Partei als beabsichtigte, planende Kaderpartei im Hintergrund hatte; von der iranischen Revolution bei allen äußerlichen Ähnlichkeiten. Chomeini, der Revolutionsführer, hatte ein Netzwerk, das über die Moscheen und über seine Komitees in die letzten iranischen Dörfer reichte. Und was er aktuell zu sagen hatte, wurde mit multiplizierten Kassetten – damals noch war das die beste Verbreitung – sehr schnell überall im Land verbreitet. Etwas Ähnliches gibt es in den meisten arabischen Ländern derzeit nicht.

Wo die Situation derzeit am heißesten ist – verzeihen Sie, dass ich ganz unsystematisch vorgehe, ich habe hier ein Strukturpapier, aber das ist Ihnen sicher zugänglich, wenn Sie es lesen wollen, und es ist außerdem durch die Entwicklung zum Teil überholt.

Jemen ist ein Fall, der besonders schwierig ist. Jemen ist ein Land, in dem es städtische Gesellschaften gibt - in Sanaa, der Hauptstadt, in Ta'izz, der alten Hauptstadt der ehemaligen marxistischen Volksrepublik Südjemen. Natürlich auch in Hudaydah, der Hafenstadt am Roten Meer. Gleichzeitig sind die Gesellschaften, die sich mutatis mutandis vergleichen lassen mit denen, die die Veränderungen in Tunis und in Kairo zustande gebracht haben. Es gibt originellerweise sogar auch in Sanaa einen Tahrir-Platz, der hieß aber schon vorher so. Auf der anderen Seite herrschen in einem großen Teil des Jemens Verhältnisse, die eher an Libyen erinnern. Es ist eine Stammesgesellschaft, die sich von einer Zentralregierung, wie immer sie aussehen mag - die vergangene oder auch eine künftige -, jetzt nur begrenzt kontrollieren lässt. Ich glaube, deshalb ist die Situation besonders riskant und besonders schwer abschätzbar im Jemen, wo wir zurzeit das heißeste revolutionäre Klima haben.

Überzugehen auf Bahrain – eine ganz andere Lage. Denn hier, wie Sie alle wissen, wünscht die schiitische Bevölkerungsmehrheit Gleichberechtigung und ein Ende der Diskriminierung. Das ist intern das wichtigste Motiv für die Revolution. Andererseits ist aber Bahrain ein Fall, der sich rasch zu internationalisieren droht. Bahrain, unterstützt von Saudi-Arabien, das Bahrain weitgehend annektiert hat de facto, beschuldigt Iran, die Sache angestachelt zu haben. Das wäre der alte Gegensatz. Aber wir haben hier eine neue Situation insofern, dass dies der erste saudisch-iranische Disput, in dem eine andere überwiegend schiitische Macht, nämlich Irak, auf Seiten Irans steht und nicht auf Seiten der Araber. Das ist eine ganz neue Situation. Das sollte man bedenken und berücksichtigen.

Ich würde gerne ein paar Worte zu Tunesien sagen, wo ich kürzlich war. Das ist eine Situation, die den meisten Leuten hoffnungsvoll vorkommt, und mir auch. Die Tunesier haben die Revolution am besten in geordnete Bahnen, in konstruktive Bahnen gelenkt. Die versprechen, in vernünftiger Frist neue demokratische freiheitliche Formen hervorzubringen. Ganz sicher ist das noch nicht. Der entscheidende Ausschuss, der über die Veränderungen berät, hat im Augenblick – weil jeder hinein will – schon über 100 Mitglieder. Und Premierminister Essebsi meint, das geht mit so vielen Leuten nicht. Der Zeitplan, die Vorlage eines ordentlichen Projekts bis Juli ist unter diesen Umständen nicht möglich. Damit wächst natürlich auch der soziale Druck und Streiks, Lohnforderungen können die Entwicklung wieder in Gefahr bringen. Tunesien hat bereits jetzt 52 lizenzierte Parteien. Das bedeutet einen gewissen Pluralismus, aber es bedeutet auch Anarchie und Zersplitterung, denn die Wähler, die künftigen Wähler, haben keine Ahnung in vielen Fällen, wer hinter diesen Parteien steht, kennen die Persönlichkeiten nicht. Die meisten Dissidenten aus der Ben Ali-Zeit, von denen wir im Westen eine hohe Meinung haben – zu Recht! – und viel von ihnen gesprochen haben, sind völlig verschwunden. Die spielen in der

öffentlichen Meinung Tunesiens, soweit sie sich bisher entwickelt hat, praktisch keine Rolle mehr.

Ein Wort zu den Islamisten. Die Islamisten haben in an-Nahda ein Stimmenpotential von 20, allenfalls 25 Prozent. Das bringt sie in die Nähe der relativ stärksten politischen Kraft, die es geben wird. an-Nahda ist dabei, sich möglicherweise zu spalten. Einer der Gründer, Scheich Morum, der von der jetzigen Führung etwas vernachlässigt wird, liebäugelt damit, eine eigene islamistische Partei zu gründen, die liberaler sein soll als an-Nahda. Und das ist ein Mann, der in seinen Kreisen im Land viel Respekt und großen Anhang hat.

Ferner gibt es Bestrebungen eines der Führer des Gewerkschaftsbundes, eine sozialistische Partei zu gründen. Auch das könnte eine Partei mit erheblichem Gewicht werden. Etwas, was ich noch zu **Tenuis.....** sagen würde, ich habe es auch in meinem Papier erwähnt: Zum ersten Mal ist die tunesische Presse völlig frei. Aber unsere Kollegen wissen nicht, was sie mit dieser Freiheit anfangen sollen. Das ist ein Gebiet, auf dem wir mit geringen Spesen große Hilfe leisten könnten. Ausbildungshilfen, Stipendien, Presse-seminare, auf denen sie das Handwerk lernen. Das halte ich für sehr wichtig. Es gab früher, es gibt immer noch die Stuttgarter Gesellschaft für Außenpolitik, äußere Beziehungen, die regelmäßig solche Seminare gemacht hat. Die tunesische Situation schreit danach.

Ein Wort würde ich auch gerne noch sagen zu Libyen. Ich bin ein bisschen skeptisch, wenn wir die dortige Opposition großzügig – auf Englisch nennt man das „*Pro Democracy Movement*“ bezeichnen. Woher wissen wir das? Die beiden führenden Mitglieder des Komitees waren noch vor sechs Wochen Minister bei Ghaddafi. Und sie waren nicht etwa Postminister oder so etwas, sondern sie waren Innenminister und Justizminister. Zwei eminent politische Positionen in ihrer Diktatur. Es gibt in diesem Komitee, dessen meisten Mitglieder völlig unbekannt sind, mit Recht und aus verständlichen Gründen aber anonym bleiben wollen. Es gibt in diesem Komitee sicherlich liberale Demokraten, gut ausgebildete Leute. Aber wir haben keine Ahnung. Es gibt daneben eben auch Abenteurer, es gibt daneben auch Reaktionäre, es gibt daneben auch Islamisten jeder Schattierung, auch radikale Islamisten, und es gibt selbstverständlich die Stämme, die auch einiges zu sagen haben.

Ich habe meine Zeit schon überschritten, ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Chimelli. Wir kommen jetzt zu dem Statement von Frau Professor Krämer. Frau Krämer, ich darf Ihnen gleich das Wort geben.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Ja, vielen Dank. Wir haben alle eine lange Liste von Fragen bekommen. Ich habe versucht, auch einige von denen schriftlich zu beantworten. In meinen Anmerkungen jetzt werde ich relativ selektiv vorgehen und eher auf interne als auf externe, also auf die europäische Politik gerichtete Punkte ansprechen.

Erstens: Ich glaube, wir wissen alle, dass wir es hier mit einem außerordentlich dynamischen Prozess zu tun haben, dessen Ausgang in vielen Fällen im Moment nicht vorherzusagen ist. Die Bewegung, die wir in den arabischen Ländern, fast allen arabischen Ländern, sehen, teilen eines: ihre maßgeblichen Träger wollen eine Gesellschaft und einen Staat, die ihnen mehr Chancen bieten zu einer selbstbestimmten Lebensführung und einer selbstbestimmten politischen Ordnung. Eine gute Regierungsführung, mehr Chancen politischer Partizipation, ökonomische Chancen selbstverständlich, aber auch insgesamt eine Gesellschaft, die offener ist als sie sich jetzt in den meisten Ländern darstellt, und die aber auch innen- und außenpolitisch stärker da steht als jetzt. Und diese Betonung auf „Selbstbestimmung“ im Gegensatz zu Fremdbestimmung

ist innenpolitisch ebenso bedeutsam wie außenpolitisch, muss uns also ausgesprochen interessieren.

Der Prozess wird in erster Linie von Kräften im Inneren der einzelnen Staaten getragen, und von außen allenfalls flankierend unterstützt oder aber behindert. Er ist in einzelnen Ländern m.E. irreversibel. Ich denke, in Tunesien und in Ägypten wird man den Prozess dieses Umbruchs nicht rückgängig machen können. Sehr anders sieht es in den übrigen arabischen Staaten aus, in denen wir ein ganz breites Spektrum von Entwicklungssituationen, von Dynamik beobachten, die ich im Einzelnen jetzt nicht versuche darzustellen. Vielleicht kommen wir darauf noch zurück.

Eine der großen Fragen, die uns hier wie auch in anderen Zusammenhängen immer wieder beschäftigt: Ist die arabische Welt überhaupt eine Einheit? Können wir sinnvollerweise davon sprechen, dass in der arabischen Welt als Ganzes bestimmte Prozesse bestimmend sind? Und ich denke, diese Entwicklung hin zu Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Freiheit und Selbstbestimmung macht eines deutlich: Wir haben gewisse gemeinsame Empfindungen und Forderungen auf der Ebene der Gesellschaften selber. Und der Funke einer bestimmten Idee springt durchaus von einer Gesellschaft auf die andere über. Nicht auf jede andere. Dennoch haben wir hier wie in anderen Zusammenhängen keinen Domino-Effekt, in dem die Regierungen respektive Regime durch einen bestimmten Funken gewissermaßen angestoßen reihenweise fallen würden. Also, ich würde immer unterscheiden zwischen dieser Gemeinsamkeit, diesem Anliegen, diesem Funken auf der einen Seite, und einer notwendigen dominhaften Reaktion auf Seiten der Staaten. Die einzelstaatliche Dynamik muss man also studieren. Sie unterscheidet sich von einem Land zum anderen deutlich und ist jeweils eingebettet in eine regionale Dynamik, die dann in bestimmter Weise auch wieder mit globalen Verhältnissen zusammenhängt, so dass ich denke, dass wir zwischen einzelnen kleineren Räumen innerhalb der arabischen Welt auch mit Blick auf diese Demokratiebewegungen unterscheiden sollten: Den Maghreb-Staaten im engeren Sinne, Ägypten, und Sudan bleibt ja merkwürdigerweise sehr weit außen vor in dieser aktuellen Entwicklung. Dann den an Israel angrenzenden Staaten, die bei aller Unterschiedlichkeit des politischen Regimes doch dieses eine gemeinsam haben. Und dann den Staaten auf der arabischen Halbinsel, unter denen wir nochmals unterscheiden können. Aber ich will mich hier natürlich nicht in Details verlieren.

In den Ländern – an erster Stelle Tunesien und Ägypten, aber auch Ländern wie Jemen, auch Bahrain und Syrien – sehen wir eine breite, in neuer Weise vernetzte, mit großem Mobilisierungspotential ausgestattete Bewegung, die eine neue Protestkultur darstellt. Eine Graswurzelbewegung der städtischen Gesellschaft, die über die einzelnen Generationen hinausreicht, also nicht ausschließlich von der Jugend getragen wird; in der Frauen im Moment durchaus noch aktiv sind, mit der wohlbekanntten Frage, was aus ihnen wird, wenn die aktuelle Phase der Hoherregtheit vorüber ist, und in der je nach Gesellschaft Muslime und Nicht-Muslime zusammenstehen, obwohl – Ägypten ist ja ein gutes Beispiel – das religiöse Establishment sowohl der Muslime wie der Nicht-Muslime ursprünglich auf Seiten des Ancient Regimes, also des alten Regimes, stand. Die große Frage, die sich überall stellt – wir beobachten das sehr genau – ist die, wie diese Bewegungen in ihrer Fluidität und Mobilisierungskraft in eine nachhaltige institutionalisierte Kraft übertragen werden kann. Wobei uns die Widerstände deutlich vor Augen treten in Gestalt der Tiefenstruktur des alten Regimes, das wir überall noch aktiv sehen, sei es in Tunesien oder in Ägypten. Und an anderen Stellen ohnehin noch in gewissem Sinne mit Handlungspotential, Jemen, Syrien wären da die Musterbeispiele.

Ein Punkt, auf den ich doch aufmerksam machen möchte, ist, dass wir in allererster Linie städtische Gesellschaft in Bewegung gesehen haben und weiterhin in Bewegung sehen.

Möglicherweise ist Jemen hier eine gewisse Ausnahme. Und die große Frage ist: Was passiert auf dem flachen Land, in dem ja immer noch ein großer Teil der Bevölkerung lebt. In Ägypten sind es immerhin noch fast 60 Prozent der Bevölkerung, die in dem Sinne nicht mobilisiert, aber doch auch nicht sichtbar sind, und auf jedem Fall nicht auf dem Tahrir-Platz in Kairo vertreten und vernehmbar waren. Und sie sind auch, soweit ich das sehen kann, bis jetzt in die Prozesse dieser Kanalisierung des Übergangs nicht eingebunden.

Das ist auch mit Blick darauf interessant, wie sich diese Tiefenstruktur des alten Systems hält, transformiert, wenn wir – ich nehme jetzt beispielhaft Ägypten heraus, mit dem ich mich etwas besser auskenne – zur Kenntnis nehmen, dass die alte Präsidenten- und Staatspartei zwar nicht mehr die Position hat, die sie vorher besaß, aber immer noch die Personen da sind mit ihrer jeweiligen Verankerung auch in den Provinzen, auch auf dem flachen Land, die ihnen bis jetzt vermutlich nicht genommen worden sind. Wir fragen nämlich immer wieder danach, wie die Islamisten dort sind, wie sie auch die ländliche Bevölkerung auch mobilisieren könnten, aber nicht danach, wie das alte Regime dieses selbe ländliche und auch kleinstädtische Potential nutzen kann.

Sicherlich interessiert Sie die Frage des Islams in diesem Zusammenhang in seinen zwei Dimensionen. Einerseits der Islam als Bezugsrahmen auch derer, die Demokratisierungsbewegung tragen. Andererseits Islamisten als Vertreter eines politischen Islam. Islamisten sowohl moderat, d.h. nicht mit Gewalt gegen ihre innenpolitischen Gegner auftretend, als auch militant, solche also, die die bewaffnete Revolution im Inneren propagieren und auch nach außen. Der Islam ist über lange Zeit – und ich glaube, es ist immer noch der Fall – der Angstfaktor gewesen, mit dem die Regime sehr gekonnt gespielt haben. Ein Angstfaktor, der auch deutsche Entscheidungsträger sehr stark beschäftigt, und die Auseinandersetzung, die sehr kühle Beschäftigung mit Islamisten nach wie vor ausgesprochen schwierig macht, weil die Befürchtung immer wieder besteht, dass hier Islamismus schön geredet oder ignoriert oder klein gemacht wird. Ich halte es für außerordentlich wichtig, in der aktuellen Situation diese ganz kühle Betrachtung der Islamisten in ihren unterschiedlichen Spielarten voran zu treiben und auch in die deutsche Politik systematisch einzubauen. Wir haben, glaube ich, alle festgestellt, dass die Träger der Demokratisierungsbewegung in den unterschiedlichen arabischen Ländern nicht mit religiösen Slogans oder einem religiösen Programm aufgetreten sind. Nirgendwo war die Anwendung der Scharia ein Slogan, von dem wir etwas gehört hätten. Nirgendwo wurde eine islamische Republik gefordert, nirgendwo zum Dschihad aufgerufen.

Das heißt nun nicht, dass die Träger dieser Bewegung, die in ihrer städtischen Basis säkular aufgetreten sind, erklärte, in der Wolle gewaschene Säkularisten seien. Ich denke, dass nach einem geglückten Umbau des Systems, einer geglückten Transformation, ja vielleicht sogar Revolution, der Islam nach wie vor für zahlreiche Menschen in diesen Ländern ein wichtiger Bezugsrahmen sein wird, dass in den Verfassungen weiterhin auf den Islam Bezug genommen werden wird, dass in unterschiedlichen Feldern der Gesetzgebung und Rechtsprechung nach wie vor islamische Vorschriften eine gewisse Rolle spielen werden, so dass der Islam hier nicht einfach eliminiert wird. Als wichtiges Indiz würde ich hinweisen auf die Modifikation der ägyptischen Verfassung, die ja im März innerhalb weniger Tage vorgenommen wurde und in der der entscheidende Paragraph oder Artikel 2 den Islam zur Staatsreligion erklärt und die Prinzipien der Scharia zur Hauptquelle der Gesetzgebung nicht aufgehoben wurde. An der Spitze der zuständigen Kommission stand ein ausgesprochen qualifizierter Mann, hochangesehen als Menschenrechtsaktivist, erklärter, moderater Islamist, ein Richter.

Also, dies nur als ein Indiz für das, was ich mir in den vielen Ländern erwarten würde. Wir wissen – sind Sie eigentlich mit der ARD verbündet oder? *(Anm.: Gong nach Ablauf der Rede-*

zeit).

Der Vorsitzende: Also, wir sind da alle daran gewöhnt, aber lassen Sie sich erst mal noch nicht zu sehr davon stören, bitte.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Windows, Sie haben vollkommen recht. Sie haben vollkommen recht. Ja ja, da sieht man mal, was man mit Symboldeutung hat.

Ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass die Islamisten in dieser Bewegung zwar präsent waren, aber keine tragende, keine prominente Rolle gespielt haben, dass sie aber in den meisten Ländern, wenn es denn zu freien Wahlen käme, einen beachtlichen Wahlerfolg haben könnten. Mehr dazu könnte ich aber im Moment auch nicht sagen. Und dass sich uns innerhalb der bekannten islamistischen Bewegung der moderaten Nicht-Gewalt propagierenden praktizierenden islamistischen Organisationen ein Wandel vollzieht, der sie stärken kann, aber auch schwächen; der auf jeden Fall dazu führen wird, dass die bislang gewissermaßen unter dem Deckel gehaltenen unterschiedlichen Präferenzen und Vorstellungen ans Tageslicht treten werden und manche dieser Bewegungen sich vermutlich auch aufspalten – Herr Chimelli hat gerade schon darauf hingewiesen.

Militante Islamisten sind nicht Teil dieser Reformbewegung. Sie können in einzelnen Ländern aber profitieren, wenn es zu chaotischen Zuständen kommt. Das liegt auf der Hand. Und die Musterbeispiele hierfür sind Libyen auf der einen Seite und Jemen auf der anderen. Aber ich denke, dass wir sie nicht in diese Betrachtung des demokratischen Wandels einbeziehen sollten.

Konfessionalismus in aller Kürze ist eine Kurzformel für sehr komplizierte Verquickungen von ethnischer und religiöser Zugehörigkeit auf der einen Seite und politischem und auch rechtlichem Status auf der anderen, sehr unterschiedlich dargestellt in den einzelnen Ländern. In der aktuellen Situation haben wir gesehen, dass in Ägypten gewissermaßen die Revolution von 1919 neu aufgelegt wurde, die die Einheit von Kreuz und Halbmond von Muslimen und Nicht-Muslimen sich zum Programm gemacht hat und das auch verdeutlicht hat, ohne dass dadurch die realen Spannungen zwischen Muslimen und koptischen Christen aufgehoben worden wären, die ja auch in Angriffen in allererster Linie auf Kopten, aber auch von Kopten auf Muslimen ihren Niederschlag fanden.

Zu Syrien, denke ich, wird Herr Perthes noch etwas sagen. Zu Jemen und Libanon wäre vieles zu sagen, aber vielleicht das später. Europa schließlich und der Westen sind selbstverständlich gefordert, hier aufzutreten. Aber ich denke, dass allen klar sein dürfte, dass wirklich nachhaltig tragende Unterstützungsmaßnahmen sich nicht beschränken können auf die begrenzte Beratung und Hilfe für demokratiefreudige Kräfte in den Ländern, sondern dass weitflächig flankierende Maßnahmen gefragt sind, die sich richten auf unsere Politik gegenüber Flüchtlingen und Migranten, Marktöffnung innerhalb der Europäischen Union und in den einzelnen Ländern, unsere Politik der militärischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Regimen in der Region und die Öffnung unserer Gesellschaft für Menschen und Güter aus dieser Region. Das wird man sicherlich ausführen müssen, das bedarf der Präzision. Aber eine Politik, die sich darauf kapriziert, Wahlbeobachtung durchzuführen und viel versprechenden Organisationen mit finanzieller Hilfe beizustehen, wird nicht das gewünscht Ergebnis herbeiführen können in der Isolation. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Krämer. Wir kommen jetzt zu dem Statement von Herrn Dr. Ostry. Herr Ostry, bitte schön.

Dr. Hardy Ostry: Lieber Herr Polenz, vielen herzlichen Dank für diese Einladung, hier an der

Anhörung teilnehmen zu können. Ich möchte gleich Bezug nehmen auf den tunesischen Premierminister, der eben schon von Herrn Chimelli erwähnt wurde, Herrn El Sebsi. Der hat in der jetzigen Ausgabe der französischsprachigen Zeitung *Jeune Afrique* ein Interview gegeben, wo er ganz deutlich sagt: „Die Revolution ist nicht die Demokratie!“ Was er damit sagen will, ist ganz eindeutig: Die Tatsache, dass es in Tunesien und Ägypten revolutionäre Ereignisse gab, bedeutet noch lange nicht, dass wir hier eine gesicherte Demokratiebewegung haben, sondern wir sind erst am Anfang dieser Entwicklungen, wobei natürlich Tunesien und Ägypten sicherlich am weitesten sind.

Mit Blick auf die Region möchte ich sagen – Frau Krämer hat das eben schon angedeutet -, sie ist sehr dynamisch, sie ist aber auch sehr angespannt und sie ist vor allem nicht einheitlich. Wir haben in Tunesien und Ägypten die Umstürze gehabt, die dazu führten, dass Herr Ben Ali und Herr Mubarak das Amt verlassen mussten. Und wir haben anhaltende Konflikte in Syrien, in Jordanien, wobei diese nicht so weit gehen – aus meiner Perspektive -, dass sie gegen das Königshaus gehen. Auch allein schon aufgrund dessen auch gegebener religiöser Legitimierung, sondern vor allem gegen eine sehr ungeschickt im Moment agierende Regierung unter dem General Bahir. Wir haben aber auch noch ganz was anderes, was bislang noch gar nicht zur Sprache kam. Wir haben eine sehr pro-aktive Entwicklung in Marokko. König Mohammed war mit seiner Thronrede in der Lage, am 9. März ein bisschen Herr der Ereignisse zu werden, indem er nämlich das Schlagwort der *Reform Constitutionelle*, was bislang immer ein Schlagwort der Opposition war, die darauf zielte, eine konstitutionelle Monarchie einzusetzen. Indem er dieses Schlagwort für sich kooptierte und adaptierte, und die Maßnahmen, die er nun ankündigte, ganz geschickt – besser hätte das wahrscheinlich auch keine andere PR-Agentur darstellen können – in die Reihe seines Amtsantrittes oder der Maßnahmen, die er seit seinem Amtsantritt 1999 gestellt hat, sprich: Unabhängigkeit der Parteien, Gewaltenteilung, alle diese Bereiche, die so wichtig sind. Dadurch hat er ein wenig Druck von sich genommen und von der Regierung. Und wir werden sehen, wie weit diese Ereignisse in Marokko wirklich Früchte tragen und diese Reformkommission, die nun eingesetzt wurde, auch ihre Arbeit macht.

Ganz konkret möchte ich auch auf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten eingehen, weil wir dort sicherlich auch – wie Herr Chimelli sagte – am meisten drüber sagen können. Am 19. März wurde die Reform der Verfassung durch das Verfassungsreferendum mit einer erheblichen Mehrheit von 77 Prozent der teilnehmenden Stimmen durchgewunken. Kurz nach diesem Votum erhoben sich erste Kritiken und Proteste, denn immerhin sind 23 Prozent der Teilnehmer, die gewählt haben und auch gegen die Verfassung gestimmt haben. Warum? Für viele junge Leute insbesondere - auch die, die aus unserem Projektkreis stammen – stellt eigentlich dieses Verfassungsreferendum – ich sag’s mal ganz offen – eine kleine Mogelpackung dar. Man hat letztlich Artikel verändert, die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Mandate reduziert, die Unabhängigkeit der Parteien gestärkt, etc. etc. All dies waren Vorschläge, die selbst Mubarak noch in seiner letzten Rede vor dem Fernsehen vorgeschlagen hatte und dann auf die Agenda gesetzt hat. Und viele junge Leute, viele Aktivisten auch aus der Facebook-Generation, fühlen sich jetzt natürlich schon ein bisschen hintergangen. Sie sagen: „Gut, warum waren wir nicht in der Lage, einen totalen Schnitt zu machen? Warum sind wir nicht in der Lage gewesen, wirklich eine neue Verfassung zu erarbeiten und einen ähnlichen Prozess anzustoßen, wie er nämlich zwei Länder weiter in Tunesien angegangen wird?“ Tunesien hat sich nämlich genau für den umgekehrten Prozess entschieden. Tunesien hat gesagt, wir rufen auf zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Diese Wahlen sollen – Herr Chimelli hat’s gesagt - jetzt noch am 24. Juli stattfinden. Es hängt davon ab, ob Herr Ashour in der Lage ist, die mittlerweile 161 Mitglieder des Conseil wirklich zu disziplinieren, um ein Wahlgesetz zu erarbeiten. Das werden wir sehen. Er ist aber danach gezwungen, das in dieser Woche noch zu schaffen. Wenn nicht, müssen die Wahlen geschoben werden und das wird, da um den 1. August herum der Ramadan beginnt, ja

wahrscheinlich im September sein.

Tunesien hat sich entschieden, eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen. Antreten zur Wahl, sich bewerben dürfen alle gesellschaftlichen Kräfte, auch die politischen Parteien, die sich bis dahin gegründet haben. Und in dem Moment, wo sich diese verfassungsgebende Versammlung konstituiert, wird die Interimsregierung umgehend zurücktreten. Premierminister Caid El Sebsi hat allen Mitgliedern der Regierung abgerungen, der Interimsregierung, dass sie selber nicht mehr kandidieren dürfen. Das heißt, das, was diese Minister jetzt tun, tun sie nur bis zu diesem Punkt des Übergangs, bis zur Wahl der verfassungsgebenden Versammlung. Nach der Wahl dieser verfassungsgebenden Versammlung wird eine Interimsperiode von einem bis anderthalb Jahren im Moment eingeschätzt, bis man eine neue Verfassung erarbeitet hat, die dann wieder in einer Volksabstimmung votiert werden soll mit folgenden freien Wahlen für das Parlament und der Aufstellung einer Regierung. Es ist klar im Moment, dass das sehr extreme Präsidialregime, was es bislang in Tunesien gab, so nicht weiter existieren wird. Es wird einen Machtzuwachs für das Amt des Premierministers geben. Und alle Anzeichen gehen im Moment in diese Richtung, dass man in Tunesien das Amt des Präsidenten versucht, stärker auf eine repräsentative Funktion zu reduzieren.

Ich möchte auf die Frage zu sprechen kommen, was kann getan werden, um diese Prozesse insbesondere in diesen beiden Ländern, aber auch in anderen, von außen zu fördern. Gerade auch mit Blick auf das, was ich eben sagte, wir sprechen so schnell von Demokratiebewegungen in den Ländern, die wir uns natürlich alle wünschen und auch fördern wollen. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir erst am Anfang einmal Lob und Anerkennung denen aussprechen, die diese Veränderungen herbeigeführt haben. Das sind Veränderungen von innen, und nicht Veränderungen, die von außen kamen. Also, *Regime Change* und all diese Worte, die wir noch von *Broader Middle East* und was auch immer kennen, sind einfach nicht mehr angebracht und haben ja auch ihre Wirkung nie erwiesen. Sondern es sind Bewegungen, die die Tunesier, die die Ägypter, vielleicht auch morgen die Syrer, wer auch immer, in Gang gebracht haben. Und dafür sollten wir einfach unsere Hochachtung ausdrücken. Daraus leite ich auch ab, dass wir mit unserer Außenpolitik keine Innenpolitik in den Ländern gestalten. Was wir machen können: Wir können Angebote unterbreiten. Angebote, die darauf abzielen, wirkliche Demokratisierungsprozesse unterstützen zu wollen, Partner zu unterstützen, die wir für würdig halten, die vielleicht auch unsere Werte und unsere Interessen teilen. Vor allem sehe ich aber auch, dass wir auf europäischer Seite und auf deutscher Seite unsere Polyphonie in der Außenpolitik insbesondere abstimmen müssen. Denn hier hat Europa einfach ein Stück weit an *Credibilité*, an Glaubwürdigkeit verloren. Das gilt nicht nur mit Blick auf Frankreich, was jetzt im Maghreb sehr oft zitiert wird. Das gilt eigentlich mit Blick auf alle Länder, mit Ausnahme Deutschlands. Und da sehe ich halt auch eine besondere Verantwortung, die uns einfach auch gegenüber formuliert wird. Es ist nicht so, dass wir das selber uns einfach nur zuschreiben oder konstatieren, sondern unser Vorsitzender war im März sowohl in Kairo als auch in Tunesien. Und wir müssen einfach sagen, die Erwartungshaltungen, die dort Deutschland gegenüber formuliert werden in allen Bereichen, wirklich in allen Bereichen, sind extrem, so dass man manchmal schon eher Scheu bekommt und sagt, das können wir gar nicht alles leisten. Umso wichtiger ist es hier aber auch, dass wir auch im positiven Sinne vorangehen und ein bisschen auch die Führung übernehmen.

Mit Blick auf die islamistischen Gruppen hat Frau Krämer eigentlich alles gesagt. Ich finde, man kann das gar nicht genug unterstreichen. In dem Moment, als am 14. Januar Ben Ali das Flugzeug betrat, war am nächsten Tag schon hier in den Zeitungen: „Kommen jetzt die Islamisten?“ Nicht anderes war es, als Mubarak am 11. Februar zurücktrat. Diese Perzeption, die sich insbesondere bei uns in Deutschland und Europa sehr weit verbreitet hat, hat sich zum Glück in

den letzten Wochen korrigiert. Ich möchte aber trotzdem noch darauf hinweisen, dass wir nach wie vor dafür anfällig sind, sehr darauf abzusetzen, abzuheben, dass jetzt die Islamisten kommen. Das wird der Lage nicht gerecht, das wird vor allem aber auch den aktuellen Entwicklungen nicht gerecht. Die Muslimbrüder in Ägypten sind im Moment dabei, sich zu spalten. Das hängt damit zusammen, dass sie auf diese Situation auch nicht vorbereitet waren und interne Machtkämpfe drohen. Das hängt auch damit zusammen, dass die älteren Vertreter der Muslimbrüder ja sagen zu diesem Verfassungsreferendum und auch wollen, dass sie sich als Partei registrieren; und die jüngeren im Gegensatz dazu sagen – ich sag mal, die twitternden Muslimbrüder –, die eher dazu neigen zu sagen: nein, unsere Muslimbruderschaft ist eine kulturelle, religiöse Vereinigung. Aber wir kanalisieren unsere politischen Aktivitäten, indem wir in andere Parteien eintreten. Also, da gibt es im Moment eine ganz, ganz heftige Diskussion innerhalb der Muslimbruderschaft. In Nahta in Tunesien wurde genannt, ist auch kurz vor der Spaltung. Es gibt ein französisches Institut, was zum ersten Mal jetzt eine mehr oder weniger unseren Ansprüchen Genügen tuende Umfrage gestartet hat, wurde letzte Woche in *La Presse* veröffentlicht. Demnach käme Nahta auf 15 Prozent bei Wahlen. Durch die weiter anhaltende Fragmentierung dieses Bereichs kann es sein, dass andere Parteien da auch noch ein bisschen was an sich ziehen. Aber ich sehe das im Moment nicht.

Kommen wir zu dem Thema Konfessionen. In der Tat, das wurde auch schon angedeutet, insbesondere im Blick auf Ägypten, ist die Rolle der koptischen Christen anzusprechen. Wobei man hier ganz deutlich differenzieren muss zwischen der Kirche als Institution und Individuen, die sich eher freidenkerisch-individualistisch im freien Raum bewegen. Die Kirche hat in vielen Bereichen oder ist in vielen Bereichen ein wenig diskreditiert worden, weil sie einfach zu stark mit den Systemen in Verbindung gebracht wurde. Einzelne Individuen konnten sich davon ein bisschen befreien und verstehen sich nunmehr als Hüter der Revolution. Also, auch hier gibt es auch beides. Sicherlich muss man festhalten – und das bestätigt auch unser Kollege von vor Ort –, dass im Allgemeinen die Lage der Christen in Ägypten sich im Moment verschlechtert und Übergriffe auch heute noch auf der Tagesordnung stehen; viele Kirchen, die schon längst wieder aufgebaut werden sollten, natürlich nicht aufgebaut werden. Also da ist wirklich die Lage der Christen verschärft.

In Syrien ist ein bisschen ein anderes Spiel. Da wird sicher Herr Perthes etwas zu sagen. Aber mein Eindruck ist schon, dass einfach in Syrien die christliche Minderheit mit dem Regime ein bisschen offener umgeht, positiver umgeht, weil es selber eine Minderheit ist, von daher auch akzeptierter ist. Die konfessionellen Aspekte, die in Bahrain verlaufen, wurden schon angedeutet. Ich möchte dazu nur bemerken, dass diese Ursachen für die Konflikte eben nicht konfessionsinhärent sind. Sie sind nicht Teil der Religion oder Konfession an sich, sondern sie werden überlagert oder gefüllt von politischen Konflikten.

Was können wir tun? Ich habe da einiges in dem Papier dazu geschrieben. Natürlich ist es so und das hat uns sehr gefreut, dass die Rolle der deutschen politischen Stiftungen an diesem Prozess in den Ländern hervorgehoben und betont wurde. Und da es nicht nur um die Adenauerstiftung geht, sondern um alle Stiftungen, darf ich das auch sagen, dass uns das natürlich freut und ehrt und wir uns auch dieser Verantwortung bewusst sind. Aber es sind natürlich nicht nur die Stiftungen, sondern es ist auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, es ist auch die Wirtschaft. Und gerade mit Blick auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit möchte ich schon sagen, wir haben in den letzten Jahren eine Reduktion der Interventionsbereiche und eine Konzentration der Interventionsbereiche auf Wasser und Umwelt gehabt. Das ist völlig richtig und völlig legitim. Aber es zeigt sich, dass wir heute in diesem Bereich nicht gut aufgestellt sind. Entscheidende Bereiche wie der Wirtschaftsförderung, Berufsbildung – ich sage nur einmal dieses Schlagwort, wir werden dazu auch noch ein Fachgespräch führen –, die berufliche Bil-

derung, der deutsche Schlager, wenn man so will, in der Region ist völlig zu kurz gekommen. Die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, das, was die Länder jetzt brauchen. Und das müssen wir wieder auflegen und neue Programme entwerfen. Bildungspartnerschaften. Auch die Idee – ich sage das, wiewohl das die ehemalige tunesische Botschafterin in Berlin immer favorisiert hat, und wir wissen auch, warum -, auch die Idee einer deutsch-tunesischen Universität ist nicht dadurch diskreditiert, dass sie andere vorgeschlagen haben, die jetzt nicht ehr dran sind. Sondern eine deutsch-tunesische Universität sollte mit Blick auf den gesamten Maghreb wirklich implementiert werden und hätte eine Riesenwirkung.

Aufbau der sozialen Sicherungssysteme, auch Aufbau des Arbeitsmarktes – all das sind Fragen, die jetzt auf der Agenda stehen und die auch noch mal deutlich machen: Warum sind diese Regime eigentlich gefallen oder sind im Begriff, zu fallen? Ich sage mal ganz übertrieben: Sie fallen nicht, weil jetzt allein nur der Wind der Freiheit und Demokratie durch die Region weht, sondern weil sie ihre Problemlösungskompetenz verloren haben. Sie hatten keine historische, keine religiöse, keine wirtschaftliche, keine soziale Legitimität mehr. Sie konnten nicht mehr liefern. Und deswegen wird eine allgemeine Verbesserung in der Region insbesondere dann eintreten, wenn wir in der Lage sind, hier bei der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der sozialen Entwicklung zu helfen.

Damit möchte ich es erst mal bewenden lassen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Ostry. Ich darf jetzt Herrn Perthes das Wort geben.

Prof. Dr. Volker Perthes: Vielen Dank, Herr Polenz. Meine Damen und Herren, mal schauen, was noch übrig bleibt. Ich denke, ich will vier Punkte ansprechen. Einmal die von Ihnen nachgefragten Szenarien, in aller Vorsicht ein paar ganz wenige Worte zum politischen Islam, weil dazu schon einiges gesagt worden ist, etwas zu den Machtverschiebungen in der Region und dann letztlich zur Rolle Europas.

Ich glaube, wir sollten uns klar machen, dass auch im Nahen Osten und Nordafrika gilt: *All Politics and all Revolutions are local* – alle Politik und alle Revolutionen sind zuerst einmal örtlicher, lokaler Natur. Aber sie entfalten in dieser Region, die so eng zusammenhängt, ganz schnell regionale und internationale Bedeutung, schneller möglicherweise als in anderen Regionen, da sie keine einheitlichen Fernsehnetze haben, die nicht die gleiche Sprache sprechen und ähnliches. Das stellt uns analytisch gelegentlich und auch manche Journalisten und andere Beobachter vor das Problem, dass wir sehen, es ist doch so vieles gleich hier, und gleichwohl entwickeln sich die Entwicklungen ganz anders, haben wir gerade unterschiedliche Verläufe dieser Revolution oder dieser Protestbewegung in einzelnen arabischen Ländern. Ich glaube, wenn man etwas abstrakt generalisierend zusammenfassen will, wird man sagen müssen, das, was ähnlich und was gleich ist, sind die Beschwerden der Bevölkerung, insbesondere gegen schlechte Governance, schlechte Regierungsführung, mit allem, was das impliziert, sind zum Teil die demographischen Strukturen, also diese unglaubliche Stärke der Jahrgänge, die heute zwischen 20 und 35 sind und mehr als 30 Prozent der Bevölkerung in den meisten Ländern ausmacht. Was unterschiedlich ist, ist die Ressourcenausstattung der einzelnen Länder, d.h., sie können unterschiedlich viel Geld in die Hand nehmen, sie haben auch unterschiedlich viel politische Legitimität. Was unterschiedlich ist, sind die politischen Systeme zum Teil. Und was unterschiedlich ist, sind die institutionellen Geschichten, wenn Sie wollen. Es ist schon ein Unterschied, ob man weiß, dass man seit Hannibal einen Staat hat oder ob man Ende der vierziger Jahre aus dem Kolonialismus heraus entstanden ist und dann erst so etwas wie eine Staatsfassade aufbauen musste. Und da gibt es einfach unterschiedliche Geschichten.

Insofern, wenn man Szenarien entwickelt – ich glaube, man muss sehr vorsichtig sein. Ich habe

das versucht in meinem Papier und will das hier noch mal in sozusagen telegraphischer Form tun. Ich glaube, man kann vier Gruppen bilden oder ich versuche das zumindest. Das kann man im einzelnen diskutieren und sicherlich liege ich hier und da falsch. Aber ich glaube, es gibt die Gruppe erstens der Staaten, wo demokratische Konsolidierung zwar nicht garantiert, aber möglich ist. Dazu gehören zweifellos Ägypten und Tunesien, möglicherweise noch Libanon und die Palästinensischen Gebiete. Das hängt auch – das hat Herr Barghouti gesagt – vom Friedensprozess oder was davon übrig ist, ab. Das ist wahrscheinlich die Gruppe, wo wir am meisten Instrumente haben, darauf komme ich gleich zurück, positiv einzuwirken.

Es gibt eine zweite Gruppe von Staaten, wo ich denke, unter positiven Gesichtspunkten ist so etwas wie eine verhandelte Transformation ohne Revolution möglich. Die Thronrede vom König von Marokko ist angesprochen worden. Wenn hier genügend gesellschaftlicher Druck und Ermutigung von außen ist, können einige dieser Systeme von innen Veränderungen auf den Weg bringen. Das gilt sicherlich für Marokko. Das gilt wahrscheinlich auch für Algerien, wo vieles von dem da ist, was zu einer Demokratie gehört, aber das Militär eben unglaublich stark ist. Oder heute für den Irak, wo wir so etwas haben wie eine Demokratie ohne Demokraten, und vielleicht kommen die Demokraten ja noch und füllen die Institution eines Tages.

Es gibt eine dritte Gruppe, die macht mir am meisten Sorge. Das sind die, wo Veränderung sicherlich sehr viel blutiger, sehr viel gewalttätiger stattfinden wird, wenn sie denn kommt; wo der Widerstand größer ist und zum Teil nicht nur die Regime, sondern auch die Staaten gefährdet sind. Das sehen wir zurzeit schon in Libyen, wo sehr schnell ein Bürgerkrieg am Werke war, mittlerweile ein internationalisierter Bürgerkrieg. Das sehen wir im Jemen. Ich denke, das werden wir auch sehen, nicht unbedingt den Staatszerfall, aber die sehr blutigen Reaktionen, wenn die Proteste in Syrien weitergehen würden. Das würden wir sehen, wenn die Welle zurück nach Iran schwappt und das würden wir sehen, wenn in Bahrain die saudische Intervention nicht ausreicht, um Friedhofsruhe wieder herzustellen.

Und es gibt eine vierte Gruppe von Staaten, wo der gesellschaftlich-politische Druck bisher noch nicht im gleichen Maße angekommen ist. Dazu gehört Saudi-Arabien, da gibt es ein wenig Druck, aber nicht im gleichen Maße. Der ist auch sehr eng konzentriert noch. Das gilt für die Vereinigten Arabischen Emirate, für Katar. Sie sehen, schon die Ressourcenausstattung spielt hier eine Rolle. Und ich denke, wenn diese Staaten – auch hier kann man keine Garantien geben -, wenn sie in der Lage sind, einige sichtbare Reformen durchzuführen, insbesondere auch ihrer eigenen Bevölkerung Arbeit zu geben, ihre *Performance*, ihre *Governance* zu verbessern, können sie möglicherweise gewalttätigen Entwicklungen entgehen, zumindest für einige Zeit. Saudi-Arabien muss, glaube ich, sehr aufpassen, dass es seine regionale Legitimität nicht verliert dadurch, dass es sich an die Spitze der Konterrevolution, wenn Sie so wollen, stellen. Die Akteure sind natürlich wichtig, gerade auch, wenn wir Politikhandlungen entwickeln wollen oder Handlungsempfehlungen entwickeln wollen. Der politische Akteur, auf den wir am meisten gucken zurzeit, ist zu Recht der politische Islam. Ich denke, wir sollten uns hier nichts vormachen und nicht *wishful thinking* betreiben. Politisch islamische Bewegungen gehören gewissermaßen zum Ambiente, zur Innenausstattung dieser überwiegend konservativen und frommen Gesellschaften. Sie waren lange in der Opposition, auch wenn sie uns manchmal vorkamen wie die Zwillinge der herrschenden Regime, weil sie sich an den gleichen Fragen orientiert haben, auch wenn sie andere Antworten gegeben haben. Und sie werden da sein. Wir sollten uns nicht zu sehr wundern, wenn wir innerhalb eines Jahres in Ägypten oder weniger eines halben Jahres in Ägypten einen säkularen Präsidenten haben, der Baradei heißen kann oder Moussa heißen kann oder sonstwie heißen kann, der aber mit einem Parlament regieren muss, wo die stärkste Fraktion von der Muslimbruderschaft oder einer aus dieser hervorgegangenen Partei gestellt wird. Wir sollten uns darauf einstellen, ohne nicht zu sehr enttäuscht zu sein, wenn

es tatsächlich geschieht und etwa Reaktionen von uns aus zu betreiben, wie wir sie beim Wahlsieg der Hamas in den Palästinensischen Gebieten betrieben haben, und dann sagen: „Ach, so hatten wir uns das nicht gedacht, mit euch wollen wir denn dann doch nicht zusammen arbeiten, wenn ihr nicht erst den großen Kotau macht.“ Dies darf sich, glaube ich, nicht wiederholen.

Ganz sicher – Gudrun Krämer hat das gesagt, andere haben das gesagt – ist: Islamistische Bewegungen sind so opportunistisch wie fast alle anderen politischen Bewegungen - Sie kennen sich da ja aus -, und werden natürlich auch versuchen, ihre eigene Wählerschaft, ihre eigene Basis zu pflegen. Das heißt, wenn die Wählerschaft Alternativen hat, wenn es Konkurrenz gibt, werden diese Parteien sich entwickeln und selber pluralistischer werden. Wenn die Systeme offener und pluralistischer sind, werden auch die islamistischen Bewegungen mehr und differenziertere Antworten geben müssen, als sie das mussten in einer Situation, wo sowieso klar war, dass sie keine Chance haben und dass es auch keine echte Konkurrenz, keine echte säkulare, liberale, sozialistische – was immer – Konkurrenz gab. Insofern sollten wir diesen Differenzierungsprozess bei den Islamisten auch unterstützen.

Es gibt Verlierer. Ein großer Verlierer – und ich denke, das ist erfreulich, neben den Regimen, die natürlich Verlierer sind - ist Al Qaida. Al Qaida hat überhaupt nicht begriffen, was hier stattfand, und gehört ideologisch zu den Verlierern. Frau Krämer hat Recht, wenn sie sagt, da, wo Chaos ausbricht, haben sie vielleicht noch eine Chance. Aber in den anderen Staaten sind sozusagen die gewaltbereiten terroristischen Islamisten auf der Seite der Verlierer.

Es wird regional Gewinner und Verlierer geben. Ich gucke ein wenig auf die Uhr und will versuchen, das auch nur telegrafisch zu machen. Ägypten wird sicherlich nach einer Konsolidierungsphase, die sicherlich ein, zwei, vielleicht drei Jahre dauert, sehr viel stärker zurückkommen. Das ist auch für deutsche Politik wichtig, wenn wir nach Partnern suchen. Die Stagnation, die Ägypten in der letzten Dekade gesehen hat, war ja nicht nur eine innenpolitische, sondern letztlich auch eine regionale und außenpolitische.

Ich denke, Saudi-Arabien wird ein Stück der Rolle verlieren, die es in den letzten zehn Jahren bekommen hat. Heute ist Saudi-Arabien der einzige arabische Staat in den G.20, wichtiger Gesprächspartner der USA, wichtiger Counterpart gegen Iran. Diese Rolle wird ein Stück reduziert werden, Ägypten wird ein Stück davon übernehmen.

Iran, denke ich, entgegen der Eigenperzeption der iranischen Elite, wird verlieren. Iran wird nicht gewinnen. Was die populären Revolutionen angeht – mein Lieblingserlebnis in den letzten Tagen war ein junger Ägypter, der sagte: „Natürlich haben wir von der iranischen Revolution gelernt.“ Und ich habe ihn angeguckt und gesagt: „Was meinst du, die Revolution von '79?“ Da sagte er: „Nein, was war '79?“ Und da sagte er: „Nein, wir meinen natürlich die Bewegung gegen die Wiederwahl von Ahmadinedschad von 2009. Davon haben wir gelernt.“ Und ich glaube, die Iraner werden da auch von den jungen Ägyptern und Tunesier lernen. Diese Welle kommt zurück. Und wir sehen das an der Nervosität, die die iranische Führung gerade zeigt, indem sie Oppositionsführer verhaftet.

Und die Türkei wird einer der großen Gewinner sein, aus verschiedenen Gründen: a) weil die türkische Regierung sich klug aufgestellt hat, relativ schnell gesehen hat, wo der Wind her weht und weil die Türkei in verschiedener Hinsicht Modell ist. Einmal – das ist auch von Mustafa Barghouti gesagt worden -: Die AKP, die Regierungspartei, ist Modell für viele der politischen Islamisten, die in einem demokratischen System sich neu erfinden wollen. Aber auch der Staat Türkei ist für viele Modell, für Algerien etwa, für andere, weil er zeigt, dass es möglich ist, von der Militärdiktatur über eine Art Wächterrolle des Militärs bis hin zum Ausscheiden des Militärs aus der aktiven Politik eine sanfte Transformation durchzuführen.

Und jetzt habe ich noch 20 Sekunden für die europäische Politik. Ich will mal versuchen, sozusagen vier normative Prinzipien vorzugeben und dann zwei Entwicklungslinien, auf denen man sich entwickeln kann.

Das erste ist vielleicht relativ banal. Ich glaube, wir Europäer sollten uns deutlich machen, wir können schon die Ergebnisse der politischen Entwicklungen nicht bestimmen, und wir sollten auch nicht den Eindruck entwickeln, dass wir Gewinner heraus picken wollen. Das heißt, wir müssen sehr offen mit allen politischen Akteuren dort umgehen. Das heißt, auch nicht paternalistisch vorzugehen, das sagt man am besten an die Adresse auch zum Teil der politischen Stiftungen. Ich sage das sehr allgemein, weil es natürlich auch ganz viele Differenzierungen gibt. Es ist ganz wichtig, dass wir nicht sagen, wir wissen, was gerade für euch richtig ist, sondern tatsächlich nachfragen – Herr Ostry hat das gesagt -, was braucht ihr von uns.

Ich glaube, ein drittes normatives Prinzip, auch wenn es manchmal schwierig ist, ist zu sagen, lasst uns selbst Vertrauen haben zu den neuen Akteuren, die dort kommen. Das haben wir in Osteuropa 1989 auch gehabt, obwohl natürlich es auch da einige Akteure gibt, die uns nicht besonders gefallen konnten. Ein Stückweit Vorschuss an Vertrauen ist, glaube ich, ganz wichtig, weil der sich auch zurück spiegeln wird in der Art und Weise, wie diese Akteure bereit sind, auf Europa zuzugehen.

Und das vierte allgemeine Prinzip ist: In den Situationen, die heute völlig unentschieden sind, Syrien beispielsweise, glaube ich, ist der richtige Rat, sich zurückzuhalten. Ein guter syrischer Freund, der auf der Seite derer steht, die sagen, dieses Regime hat seine Legitimität verspielt, hat sehr deutlich mir und einer Gruppe von Leuten gesagt: „Please, please don't help us!“ Also, bitte versucht nicht, in dieser Situation auf die Mühlen des Regimes zu spielen, was heute versucht zu sagen, alles, was im Inneren des Landes stattfände, sei eine ausländische Verschwörung.

Die Schönheit der ägyptischen Revolution, lassen Sie mich das mal so poetisch sagen, liegt darin, dass sie wirklich von innen kam und dass niemand sagen konnte, sie sei von außen auf die Bahn gebracht gewesen. Vielleicht, wenn ich zehn Minuten so liberal interpretiere wie meine Kollegen, dann doch noch sozusagen zwei Entwicklungslinien in Bezug auf europäische Politik hin. Es gibt die eine Linie vor allem von den Südländern heute vorgetragen, die heißt Marshall-Plan, viel Geld in die Welt nehmen, Union für das Mittelmeer wiederbeleben, große Investitionen, zusammenfassend *business as usual*. Und ganz viel Intergouvernementales.

Es gibt eine andere Linie, die heißt – und sie wird, glaube ich, auch von Frau Ashton repräsentiert in ihrer letzten Kommunikation – offenes Europa, offenes Zugehen auf diese Staaten im südlichen Mittelmeerraum, insbesondere auf die Transformationsländer. Ich glaube, wir brauchen etwas – ich versuche, da so ein bisschen eine Kampagne zu machen -, was ich einen Pakt für Ausbildung, Arbeit und Energie nenne, weil es kurzfristige und langfristige Elemente hat. Ausbildung – auch Herr Ostry hat das angesprochen – auf beiden Seiten des Mittelmeeres, ganz wichtig. Arbeit, ich glaube, wir sollten tatsächlich sehen, dass wir *Win-Win*-Situationen können, indem wir sagen, wir brauchen lauter Ingenieure. Ihr habt lauter ausgebildete Ingenieure, die allerdings keine Berufspraxis haben, sondern nur ihren B.A. oder ihren M.A. von kleinen Universitäten in Tunesien und Ägypten. Lasst uns Programme schaffen, wo ihr eine Trainee schafft und eine Arbeitsgenehmigung für vier, fünf, sechs Jahre da ist. Lasst uns ein Programm für 30.000 Visa sofort für Graduierte aus Tunesien und Ägypten auf den Weg bringen und sagen, nach fünf, sechs Jahren gibt es ein Programm mit einem Kleinkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder ähnlichen Banken, um *small and medium enterprises* in den eigenen Ländern zu gründen. Energie ist ein langfristiges Thema, was auch leider langfristig erst wirkt. Aber ich glaube, es ist auch hier richtig zu sagen, nicht nur wir brauchen Energie - und ich meine hier

nicht Öl und Gas -, sondern auch saubere Energie, die im Mittelmeerraum produziert werden kann. Auch für die Entwicklung der Staaten im südlichen Mittelmeerraum macht das Vorhandensein von Elektrizität häufig den Unterschied zwischen einer Schuhmacherwerkstatt und einer Schuhfabrik aus. Und das ist ganz wichtig, wenn wir einige der sozialen Probleme bearbeiten wollen, die ja zum Test werden für die Transformationsländer, auch wenn ihre Vorgänger schon daran gescheitert sind. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Perthes. Wir kommen jetzt zu der Runde, wo die Fraktionen zu Wort kommen. Wir gehen der Reihenfolge der Fraktionen nach. Und nach diesen fünf Wortmeldungen hätten Sie dann wieder Gelegenheit, zu antworten. Als erstes Herr Wellmann. Herr Wellmann ist der stellvertretende außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Herr Wellmann.

Abg. Karl-Georg Wellmann, CDU/CSU: Zunächst mal vielen Dank

Der Vorsitzende: Entschuldigung, dass ich noch einmal unterbreche. Jetzt machen wir die Regel doch, da wir viele Wortmeldungen haben, wieder auf die üblichen fünf Minuten ohne liberalen Zuschlag.

Abg. Karl-Georg Wellmann, CDU/CSU: Ich mach' weniger. Also, erst mal vielen Dank an die fünf Sachverständigen. Ich habe eine Frage an Herrn Barghouti. Wir haben ja in Ägypten erlebt, in Tunesien auch, dass es keine Hungerrevolte war, sondern der Aufstand der gut gebildeten Mittelschichten, von denen wir eben gesprochen haben. Dem ist eine soziale Bewegung offensichtlich gefolgt. Es ist ja in geschichtlichen Prozessen immer die Idee des Primären. Also, welche Idee steht hinter diesem Aufstand, hinter dieser Revolution? Wie ist die Gedanken- und Wertewelt der jüngeren Intellektuellen, die da aufgestanden sind? Welche Werte haben die vor Augen? Ist es die westliche Blue Jeans- und Coca Cola-Welt? Ist es eine andere? Wissen sie überhaupt, wo sie hinwollen? Oder ist es nur die Frage: Also, wir wollen eigentlich so leben wie der Rest auch, wir wollen demokratische Verhältnisse der Selbst- und Mitbestimmung etablieren. Also, welche konkreten Ideen und Werte bewegen den durchschnittlichen gut ausgebildeten Absolventen einer Technischen Hochschule in Ägypten oder in Tunesien? Wo wollen die hin?

Der Vorsitzende: Als nächstes Herr Gloser. Herr Gloser ist der Berichterstatter der SPD für diese Region. Herr Gloser.

Abg. Günter Gloser, SPD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch noch mal vielen Dank an Sie, die Sie ja doch ein sehr breites Spektrum zu Recht auch dargelegt haben. Ich bin froh darüber, dass auch in einigen Wortmeldungen deutlich geworden ist, was ja vielleicht zu Beginn der Revolution war. Ich sage das auch gewissermaßen ein bisschen an die Adresse medial. Die Erwartung war, da ist die Domino-Theorie vorhanden. Es muss was passieren. Kaum war in Tunesien etwas passiert, wartet man schon aufs Nächste. War in Ägypten was passiert, wartet man aufs Nächste. Ich bin froh, dass Sie das hier sehr differenziert dargestellt haben, auch die Grundlagen. Dass es natürlich Verbindendes gibt, ist richtig.

Ich darf nur noch mal vielleicht auf einige Aspekte kommen, was die Länder angeht. Aber dann auch immer rekurrierend auf unsere Rolle Deutschlands, aber natürlich immer auch eingebettet in der Europäischen Union. Wir haben jetzt viel über die Fragen des politischen Islam auch gesprochen. Wie sehen Sie denn die Situation insbesondere bei den beiden Ländern, in denen es ja positive Entwicklungen gibt, in Tunesien und Ägypten? Dass vorher riesige Apparate vorhanden waren, Parteimitglieder in der nationaldemokratischen Partei, in der RCD in Tunesien; viele waren im Sicherheitsapparat, in Polizei, im Militär, andere Netzwerke, die aber sagen oder die Anderen, die die Revolution angefangen haben und umsetzen, sagen: „Ihr seid kontami-

niert, ihr könnt praktisch jetzt dann gar nicht mehr mitmachen.“ Wie geht man aber damit um? Es sind ja nicht nur 10.000 oder 15.000, es sind ja vermutlich 100.000. Was haben Sie da für einen Eindruck, wie man so auch etwas aufarbeitet?

Ein anderer Punkt: Ich bin kürzlich bei einer Veranstaltung gefragt worden – Sie kennen ja alle selbst als Betroffene, aber Sie sind ja auch Experten -, in wie vielen Talkshows, die wir in Deutschland auch zu dieser Situation haben Ich habe selten bis jetzt erlebt, obwohl Sie es mir nachsehen, dass ich nicht jede sehen kann und vielleicht auch manche nicht anschauen; aber einer dieser Diskussionsteilnehmer sagte: Hat denn diese Entwicklung in Nordafrika, Tunesien, Ägypten, auch dazu beigetragen, das Bild über den Islam, über die Länder zu verändern. Und wäre das Ihrer Ansicht nach nicht auch geboten? Natürlich gilt das für uns auch als Politiker, aber auch gerade im Medienbereich, diese Akteure weitaus mehr noch zu präsentieren? Was verbirgt sich eigentlich dahinter? Was haben sie eigentlich vor und sozusagen nicht immer über Dritte, Vierte sprechen lassen, damit die Akzeptanz für den Umbruch vielleicht auch deutlicher wird?

Herr Dr. Barghouti, Sie haben sich sehr offen ja auch geäußert über die Situation jetzt auch bei den Palästinensern, aber andererseits natürlich auch zu Israel. Wer nach Ihrer Einschätzung kann denn überhaupt nach meiner Ansicht nach den fatalen Weg – ich sage nicht: der Israelis, sondern der israelischen Regierung – eigentlich stoppen? Eigentlich müssten sie doch den Umbruchprozess als Chance sehen. Und wenn wir jeden Tag die Informationen lesen, was wieder beschlossen worden ist an neuen Siedlungen oder Aktivierung von neuen Siedlungen, dann geht das doch völlig in die falsche Richtung. Und deshalb auch meine Frage: Sehen Sie denn da auch Gefahren, dass möglicherweise der Iran auf Gruppen – Hamas, Hisbollah im Libanon – auch Einfluss nimmt, um sozusagen dieses Thema am Köcheln zu halten und möglicherweise zu einem neuen Konflikt führt?

Nächste Punkt ist: Gibt es denn jemanden überhaupt noch, nachdem Saudi-Arabien seine Rolle ja m.E. verbrannt hat – wer ist eigentlich so ein bisschen die *lead nation*, die den Jemen begleitet bei seinem Prozess? Wir waren glücklicherweise als Deutschland auch in *Friends of Jemen* dabei, aber das Projekt ist ja sozusagen auch etwas ad absurdum geführt. Aber wer könnte das denn nach Ihrer Meinung sein, hier entsprechend auch Einfluss zu nehmen?

Und der letzte Punkt, vielleicht können Sie mir auch etwas sagen vorletzter Punkt über die zukünftige Rolle der Arabischen Liga.

Und der allerletzte Punkt, das ist die Rolle der Europäischen Union. Was passiert eigentlich mit dem schönen Projekt der Union für das Mittelmeer? Sehen Sie da überhaupt noch eine Perspektive? Reicht eigentlich das Instrument der Nachbarschaftspolitik aus? Muss man möglicherweise neue Instrumente machen? Und ich bin auch dankbar für einige Wortbeiträge, die Sie am Schluss auch gesagt haben. Wir können es nicht nur bei den wohlfeilen Worten lassen, selbst wenn wir oft sagen, wir machen hier Unterstützung, Hilfe zur Selbsthilfe, ist es ja gut. Und wir sollen uns auch nicht aufdrängen. Aber ich glaube, wenn man die Daten alle sieht, die innere Entwicklung einerseits, die demografische Entwicklung, die aktuelle Arbeitslosigkeit und das notwendige Wachstum, das man bräuchte, um sozusagen diesen unzufriedenen Leute auch eine Perspektive zu geben, dann wird möglicherweise von den wohlfeilen Worten die dort es nicht schaffen. Und meine Besorgnis ist eben dann, dass sozusagen diese Friedensdividende, die Freiheitsdividende, das muss auch eine soziale Dividende geben. Und dann glaube ich mehr, dass die Europäische Union neben der Marktöffnung auch die Öffnung machen muss, beispielsweise wie es Dr. Perthes auch am Schluss erwähnt hat, eben auch für eine temporäre Migration. Wie würden Sie das noch mal entsprechend bewerten?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Stinner. Dr. Stinner ist der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion.

Abg. Dr. Rainer Stinner, FDP: Vielen Dank. Vielen Dank auch unseren Experten. Ich glaube, Sie haben uns alle einen sehr bunten Strauß von weiteren gegeben, die wir sehr gut verwenden und verarbeiten können. Ich habe mit einem gewissen Erstaunen festgestellt, dass niemand von Ihnen auf die Resolution 1793 und auf die Intervention in Libyen eingegangen ist. Und deshalb möchte ich Sie einmal fragen, wie Sie, nachdem jetzt diese 1793 ja implementiert ist seit ca. zehn Tagen oder seit 14 Tagen, wie sehen Sie das aus heutiger Sicht? War es richtig, das so zu tun? Welche Probleme gibt es und wie sehen Sie die Perspektiven für Libyen aufgrund dieser Intervention und 1793? Und sollte das Vorgehen in Libyen, was die UN ja sanktioniert hat, ein Modellfall sein? Könnte es ein Modellfall sein für andere Situationen, die wir in der Region erleben? Ob das Bahrain ist oder was auch immer, das ist meine Frage dazu.

Die zweite Frage damit zusammen hängend: Beteiligung der arabischen Welt an diesen Aufgaben, die dort zu tun sind und die die UNO sich ja auf die Fahne geschrieben hat. Ich war vor einigen Wochen bei einem interessanten Symposium im Oman. Und dort haben uns ist das alte Bild wieder zumindest aufgebracht worden. Nämlich erstens, der Westen hat keine Ahnung von der Region, hat wahnsinnig viele Fehler gemacht von Afghanistan bis Naher Osten, und wir wissen nicht, was wir tun. Zweitens: Wir müssen aber dringend es muss dringend was getan werden in Libyen und drittens, wir Araber können es nicht tun, also der Westen muss es tun. Dieser Dreiklang, der kommt bei mir nicht so besonders gut an, sage ich mal so. Und das habe ich nämlich auch deutlich gemacht dort. Aber deshalb meine Frage: Beteiligung der arabischen Welt. Ist das, was wir von Katar erleben - die haben ja zumindest unterschrieben -, ist das ein symbolischer Akt? Wie wird das in der arabischen Welt eigentlich betrachtet, als Verrat an den Brüdern oder als sind die auf der richtigen Seite in der arabischen Welt? Dazu hätte ich gerne Ihre Sicht der Dinge.

Und damit zusammenhängend dann ein dritter Punkt. Nachdem jetzt, wie gesagt, in Libyen militärisch agiert wird, wie hat sich der Blick auf den Westen verändert? Ist dieses alte Bild oder ist die Gefahr, dass dieses alte Bild kolportiert wird, der imperialistische Westen aus eigenen Ölinteressen, interveniert militärisch wieder, kommt das wieder auf? Hat es da eine Veränderung der Perzeption gegeben, nachdem es jetzt ja doch nicht, wie manche dachten, innerhalb von 48 Stunden vorüber ist Das würde ich gerne wissen.

Zwei konkrete Fragen an Herrn Barghouti. Herr Barghouti, Sie hatten gesagt, die Revolution oder Revolte ist deshalb entstanden, weil die Menschen keine autoritären Systeme mehr akzeptieren. Heißt das im Umkehrschluss, dass sie auch – was auch immer heraus kommt, was wir nicht wissen -, gegen jedes andere autoritäre System dann wieder aufstehen würden, wenn jetzt ein neues daraus entstehen würde? Wir wissen ja noch nicht, wie der *outcome* ist in den einzelnen Ländern. Das heißt, ist der Druck so groß, dass auch ein verändertes autoritäres System dann wiederum mit solchen Revolten rechnen müsste?

Und noch zwei Fragen auch an alle vielleicht. Nochmals zu den Muslimbrüdern. Ich bin darauf gestoßen nochmals durch das Papier von Herrn Chimelli. Sie haben in einem Satz an-Nahda in Tunesien und Muslimbrüder in Ägypten genannt als zwei Formen. Ich habe jetzt gelesen, dass zumindestens bei an-Nahda der Führer, der Ghannouchi, der ja auch von London aus dem Exil gekommen ist, auf Befragen nachhaltig gesagt hat: Wir haben oder wir akzeptieren einige der zivilisatorischen Errungenschaften in Tunesien wie das Recht der Frauen und weitere Dinge auch. Würden Sie das vergleichbar machen mit anderen Muslimbrüdern in Ägypten? Ist das ein Gleichklang? Oder vielleicht muss man das noch mehr differenzieren?

Und letzte Frage, dann bin ich auch am Ende: Wir haben in Ägypten etwas erlebt, was wir auch in anderen Transformationsstaaten erleben, Balkan zum Beispiel, dass Leuten, denen die Richtung nicht ganz passt, sich an einem demokratischen Prozess nicht ganz beteiligen. Ich persönlich sage, dass ich das immer ganz kritisch sehe. Aber es haben sich in Ägypten ja auch durchaus Herr Baradei und andere nicht an der ersten Stufe des demokratischen Prozesses beteiligt. Wie beurteilen Sie so etwas? Und befürchten Sie, dass auch im weiteren Verlauf aus diesen Gründen, die wir ja auch woanders erleben, eigentlich der demokratische Prozess nur halb legitimiert ist, weil sich oder zumindest nach Aussagen der Beteiligten einfach wesentliche Leute sagen, uns passt die ganze Richtung nicht und deshalb beteiligen wir uns nicht? Schönen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Als nächstes Herr Gehrcke. Herr Gehrcke ist der außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE.: Herzlichen Dank an die eingeladenen Gäste, die unsere Debatte auch ein Stück weit bereichern. Ich glaube, es war eine gute Idee, dass wir eine solche Anhörung gemacht haben. Ich bin etwas vorsichtiger mit dem Begriff „Revolution“, ich glaube, davon verstehe ich was, zumindest von gescheiterten Revolutionen. Ich sehe mehr eine Mischung von Implosion, wo Regime moralisch verschlissen waren und nicht mehr in der alten Art und Weise weitermachen konnten. Da habe ich auch Erfahrungen mit. Wir werden uns so schnell einig in vielen Sachen, Herr Wellmann, das beunruhigt mich. Und der Anstoß, der von außen gekommen ist. Es wäre aber nicht unwichtig nachzudenken, was Motive und was Triebkräfte waren.

Jetzt habe ich drei Fragen. Meinen Sie nicht auch, für die europäische Politik oder für die deutsche Politik wäre es angemessen, etwas selbstkritischer mit den ganzen Bewegungen umzugehen und deutlich zu machen, dass wir – ich sage in diesem Fall bewusst „wir“ – bis fünf nach Zwölf mit den Regimen paktiert haben, so wie sie waren? Ich mache einen Unterschied zwischen paktieren und verhandeln. Wir wussten alle, was in Ägypten passiert. Wir wussten alle, was in Tunesien Sache ist etc. Wenn wir uns heute hinstellen und sagen: So, und jetzt reden wir mit euch, wie ihr Demokratie aufbaut Ich bin jetzt nun häufig in der Region gewesen, etwas salopp gesagt, in dieser Art und Weise nimmt von uns keiner ein Stück Brot. Und ich möchte hier gerne, dass es ernsthaft verändert wird, auf eine selbstkritische Beurteilung, das, was vergangene Politik ist, das trägt nicht allein in die Zukunft, halte ich aber aus meiner Sicht nicht für unwichtig.

Zweitens, was ich nicht beurteilen kann, was mich aber sehr interessieren würde, ob in diesen Bewegungen ein Ansatz, eine Renaissance, für einen Neubeginn einer panarabischen Bewegung, nicht in der alten nasseristischen Form, sondern in einer neuen Form existent ist. Das war ja bemerkenswert, an die Domino-Theorie zu glauben: Ein Land kippt und das andere wird mitgerissen, stimmt alles nicht. Aber der Funke ist allgemein übergesprungen. Man hat aufgenommen, von wegen was in Tunesien passierte, in Ägypten etc. Entwickelt sich möglicherweise eine neue panarabische Bewegung? Wenn ja, wie soll sich europäische Politik dazu verhalten? Ich finde, diesen Gedanken muss man zumindest mal an sich heranlassen.

Und meine dritte Frage: Es hat mich natürlich sehr beeindruckt, dass Herr Barghouti von einer Macht der Gewaltlosigkeit gesprochen hat, als auch eine Ausstrahlung, einen Weg, wie die palästinensische Bevölkerung das Wenn sich das durchsetzt, viel tiefere Veränderungen von Hamas und vielen mit sich bringt, wie das, was man von außen immer heran getragen hat. Kann es sein, dass in allen diesen Umstürzbewegungen die Frage der Würdelosigkeit und des Raubes von Würde - auch gemessen daran, wie die israelische Regierung mit den Palästinensern umgeht - zumindest unterschwellig eine erhebliche Rolle gespielt hat? Dass man in dieser Art

und Weise nicht weiter mit sich umgehen lassen will? Und kann es sein, dass der Funke für viele weitere Zuspitzungen, die viel schwieriger werden, in der innenpolitischen Situation in Israel liegt? Also, mein Eindruck ist, das Israel seine Sicherheit viel zu sehr nach außen definiert und nicht begreift, wenn es nicht innenpolitisch ein anderes Verhältnis zwischen dem jüdischen und nichtjüdischen Teil Israels gibt, speziell mit der arabischen Bevölkerung in Israel, wird der Konflikt in Israel eine Dynamik entwickeln, die vieles in den Schatten stellt. Also, ich glaube, da drüber muss man nachdenken und deswegen wollte ich die Frage an Sie weiter geben. Das hat ja dann auch Folgerungen für die eigene Positionierung in diesen Konflikten und wie man damit umgeht. Ansonsten schönen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Und als nächstes Frau Müller. Frau Müller ist die außenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Kerstin Müller (Köln), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank. Auch ich möchte mich für die sehr dichte Darstellung und Analyse Ihrerseits über die Lage in der Region bedanken. Das ist ja sehr beeindruckend, weil es ist ja nicht so einfach, weil man ja sehr differenziert auf die einzelnen Länder dann auch den Blick werfen muss, die Gemeinsamkeiten vielleicht auch heraus zu arbeiten. Ich möchte, obwohl das vielleicht etwas eurozentristisch aussieht, trotzdem mit der Rolle der EU beginnen. Herr Perthes hat in seinem schriftlichen Beitrag und hier auch noch mal im einen oder anderen Satz gesagt: Die EU wird daran gemessen werden, ob sie in ihrer Nachbarschaft als einheitlicher Akteur auftritt. Ich teile das. Ich denke, das wird hier überwiegend geteilt. Nun ist das ja nicht nur im Falle von Libyen, sondern auch an anderen Fragen, also sozusagen als die Revolution in Tunesien losging, aber auch im Verhältnis zu Ägypten, explizit nicht der Fall gewesen. Man kann nicht sagen, die EU tritt hier als EU auf. Welche Auswirkungen hat das auf die Perzeption der Europäischen Union in der MENA-Region? Also, wie ist da Ihre Bewertung und sozusagen, was kann, wie kann man das verändern, wie müsste sich das verändern? Also insbesondere natürlich, dass man einerseits die Südländer hat, sage ich jetzt mal, allen voran Frankreich, aber auch andere, die eben eine belastete traditionelle Rolle da haben, damit auch über Jahrzehnte eben gerade die Politik der Europäischen Union geprägt haben. Und sozusagen die Nordländer, die ja zum Teil andere Vorschläge gemacht haben. Das äußert sich dann in so Debatten, welche Zukunft hat die Mittelmeerunion. Ich persönlich teile an der Stelle die Auffassung der deutschen Bundesregierung: keine. Sie sollte auch keine haben, sondern man sollte versuchen, etwa das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik auszubauen.

Das geht jetzt schon sehr ins Detail. Mich interessiert so mehr diese politische Bewertung, ob Sie das auch so sehen oder ob das eigentlich gar nicht so relevant ist, wir uns da überschätzen und wichtiger ist, was passiert jetzt dort in den Ländern, ja.

An Herrn Chimelli möchte ich dort eine spezielle Frage nachschieben, da Sie ja nun in Paris leben und aber wahrscheinlich oder, wie ich denke, auch ein sehr guter Kenner der französischen Politik sind. Wie sieht Frankreich seine Rolle in der Zukunft, im Hinblick auf diese Region, aber auch innerhalb der Europäischen Union? Vorher Hauptakteur, diese Regime ja auch führend mit gepampert und hochgezogen, viele, viele Fehler gemacht. Und jetzt setzt man sich dort wieder an die Spitze der Revolution und tut so, als sei man der bessere Revolutionsführer. An der Stelle kann ich auch die Argumentation des Außenministers oder auch sogar von Frau Merkel verstehen, wobei ich trotzdem zu einer Schlussfolgerung gekommen wäre in der einen oder anderen Entscheidung. Wie wird das weitergehen? Wie werden die Franzosen agieren? Und wie sehen die Menschen in der Region das eigentlich? Ist da nicht eher der Eindruck, sie wünschten sich eine schwächere Rolle als die dort der auch zum Teil ehemaligen Kolonialmacht, aber eben auch weil die Rolle nicht so Also das nochmal würde mich interessieren.

Drittens, Ägypten. Welchen Weg wird Ägypten nehmen? Frau Krämer, Sie haben gesagt, Ägypten, Tunesien, der Prozess ist irreversibel. Nun würde ich das, kann ich das für Tunesien mir sehr wohl vorstellen. Bei Ägypten, muss ich sagen, bin ich da viel skeptischer. Mir scheint das doch sehr offen zu sein, wie sich das weiterentwickeln wird in der Gesellschaft. Also, Parlamentswahlen stehen jetzt schon an. Ich höre, außer den Muslimbruderschaften und sozusagen der alten Staatspartei auch wegen ihrer Strukturen der Tiefenwirkung in die Gesellschaft werden andere demokratische Parteien kaum eine Chance haben. Dann, anders als in Tunesien werden die, die die verfassungsgebende Versammlung berufen, und damit eben dann auch wieder die Vorentscheidung für die Grundlagen der künftigen Gesellschaft treffen. Das heißt doch, sozusagen eher dort die Zeichen auf konservative Entwicklung. Und damit komme ich zu der dritten Frage, sozusagen diese Rolle des Islamismus. Auch das muss man wahrscheinlich unterschiedlich bewerten in diesen Gesellschaften. Aber jetzt auch noch mal speziell auf Ägypten bezogen. Sie wissen ja, ich teile das. Nur wenn man die integriert, kann man Extremismus verhindern. Aber sozusagen, was heißt das denn? Heißt das, wir müssen uns da gar keine Sorgen machen? Was ist, wenn das rein taktisch ist, so wie die Muslimbruderschaften sich jetzt verhalten? Also gut, in Israel mag die Sorge übertrieben sein. Aber ich muss Ihnen sagen, für mich ist das tatsächlich schon eine offene Frage, ob die nicht nachher doch eine andere Rolle einnehmen?

Allerletzte Frage, wenn ich darf, an Herrn Barghouti. Es gibt ja - heute wird es veröffentlicht – ein Papier von israelischer Seite, das sicherlich morgen hier auch eine Rolle spielen wird, da wir ja auch hohen Besuch erhalten. Eine neue *Israeli Peace Initiative*, die eine Antwort sein will auf die arabische Friedensinitiative und sagt, gerade jetzt vor dem Hintergrund dieser Bewegungen und Prozesse in der arabischen Welt muss Israel jetzt Da sind sehr hoch angesehene Persönlichkeiten dabei, zum Teil aus der alten Genfer Initiative, zum Teil auch andere, also Sohn von Rabin und andere. Wie sehen Sie das? Ist Ihnen die bekannt? Wie sehen Sie das? Wie wichtig ist das? Sozusagen, Sie haben ja auch diese Frage angesprochen, dass eben auch der israelisch-palästinensische Konflikt sich etwas bewegt.

Der Vorsitzende: So, das war die Fragerunde. Und ich würde vorschlagen, mit der Antwortrunde fangen wir jetzt in umgekehrter Reihenfolge an, beginnend mit Herrn Professor Perthes. Herrn Ostry darf ich entschuldigen, der ist eingesprungen für einen Sachverständigen, der kurzfristig absagen musste. Er hat einen anderen Termin, also er steht uns jetzt nicht mehr zur Verfügung. Herr Perthes.

Prof. Dr. Volker Perthes: Also, ganz schnell. Arabische Liga, ich glaube, wird eine geringere Rolle haben in der Zukunft als bisher, weil man sich sehr viel weniger einig sein wird. Vielleicht wird sie eine stärkere Entwicklungsrolle haben, wenn der derzeitige Generalsekretär der GCC auch Generalsekretär der Arabischen Liga werden sollte. Union für das Mittelmeer, glaube ich, ist ein totgeborenes Projekt gewesen. Die wenigen Erfolge, die in der Union für das Mittelmeer stattgefunden haben, sind schon unter dem Barcelona-Prozess angelegt worden. Wir brauchen in der Zukunft etwas, was weniger intergouvernemental ist, wie die Union für das Mittelmeer, und mehr auf transnationale, zwischengesellschaftliche Beziehungen rekurriert. Die ENP ist sozusagen kein echtes Gegenstück dazu, weil die Union sollte ja was Gemeinsames sein, die ENP ist ein rein europäisches Instrument. Aber ich glaube, wir haben da viele Ansätze drin. Gerade auch in der letzten Kommunikation von Frau Ashton sind viele gute Ansätze drin, u.a. auch unter dem Wort Migrationspartnerschaft etwas, zu dem ich etwas gesagt habe, etwa unter Pakt für Arbeit und temporäre Migration.

Libyen – Herr Stinner, ich hätte mir eine andere Abstimmung im Sicherheitsrat, eine andere deutsche Abstimmung gewünscht. Aber ich hätte mir auch eine etwas andere Resolution gewünscht. Und ohne zu sagen, ob dies so ist, kann ich mir vorstellen, eben wenn wir Zustimmung

signalisiert hätten, hätten wir auch einen etwas größeren Einfluss auf den Resolutionstext gehabt in dem Sinne, dass man tatsächlich den Ball der Verantwortung ein Stück weit zurückspielt an die arabische Welt, die schließlich eine solche Resolution gefordert hat vom Sicherheitsrat. Ich denke, es wäre gut gewesen, wenn man gesagt hätte: Vielen Dank, ihr habt das von uns gefordert. Das ist das erste Mal, dass die Arabische Liga einen solchen Schritt macht. Und wir ermächtigen oder der Sicherheitsrat ermächtigt die arabischen Staaten, dies durchzusetzen und fordert andere Staaten auf, die Arabische Liga zu unterstützen oder ähnliches. Wie gesagt, man weiß nicht, was in der diplomatischen Hektik in New York in einer Nacht möglich ist. Aber ich glaube, wenn wir Zustimmung signalisiert hätten, hätten wir - aber es ist vergeudete Milch -, hätten wir vielleicht eine größere Chance gehabt, darauf Einfluss zu nehmen.

Die Muslimbrüder: Ich glaube, ich nehme an, dass Gudrun Krämer gleich noch ein bisschen mehr sagen wird. Aber wir müssen uns, glaube ich, klar machen, müssen uns alle klar machen, dass die Muslimbrüder fast ein generischer Begriff sind. Es gibt die Muslimbrüder als Organisation in Ägypten. Es gibt viele Ableger von den Muslimbrüdern. Dazu gehören ganz unterschiedliche Figuren. Um es nur am Beispiel Türkei deutlich zu machen: Sowohl Herr Erbakan als auch Herr Erdogan kommen aus der gleichen Tendenz. Und es gibt so etwas wie eine geistige Schule der Muslimbrüder. Mir fällt kein besseres Wort ein, aber vielleicht hat Gudrun Krämer da ein besseres. Dazu gehört übrigens auch der Nachrichtensender Al Jazeera mit seiner Unterstützung für die westliche Libyen-Intervention. Das heißt, wir haben da ein ganz großes Spektrum, was sozusagen das Intellektuelle, die intellektuelle Tendenz, die von Muslimbrüder denken oder von Muslimbrüder-Schule geprägt ist, angeht.

Die Frage, ob die Muslimbrüder sich rein taktisch verhalten werden: Ja, ich glaube, sie werden sich taktisch verhalten. Aber vielleicht ist das sogar gar nicht das schlechteste, was wir erwarten können. Wollen wir eigentlich, wenn dies Muslimbrüder oder ähnliche Organisationen eine der stärksten Fraktionen im neu gewählten Parlament werden, wollen wir welche, die taktisch völlig unflexibel sind, die sich nur ideologisch verhalten? Ich glaube, man lernt gerade in Ägypten, was Politik eigentlich heißt. Nicht nur zu sagen, man ist für das Regime oder man ist dagegen. Sondern Politik heißt auch verhandeln, heißt zugehen auf das, was die eigene Constituency will; heißt auch sozusagen auch - ich sag das noch mal - den gesunden Opportunismus anbringen. So sagen wir, wir müssen Kompromisse finden und wir können nicht immer das durchsetzen, was uns sozusagen die reine Lehre diktieren würde.

Ich finde, was gerade Israel angeht - das Verhältnis zu Israel war die Muslimbrüder auch auf Nachfrage aus der ägyptischen Öffentlichkeit sehr klar Zuerst nur gesagt, wir werden alle internationalen Verträge Israels respektieren. Das war so ein bisschen Codewort für: Wir gehen auch nicht an den Vertrag mit Israel ran. Auf Nachfrage wurde deutlich gesagt, dass dies deutlich auch den Friedensvertrag mit Israel betrifft. Was eine ägyptische Regierung - egal, ob da die Muslimbrüder eine große Rolle spielen werden oder nicht - tun wird oder nicht, sie wird sehr viel selbstbewusster auftreten als ägyptische Regierungen das bisher getan haben, gerade auch gegenüber dem Nachbarn Israel und etwa den Gasvertrag neu verhandeln.

Letzter Punkt, Herr Gloser, ich war in keiner der Talkshows, ich habe auch keine gesehen. Aber ich glaube sehr wohl, dass sich ein paar (Zwischenrufe) ich war ja auch nicht da Ich glaube sehr wohl, dass es sozusagen eine Veränderung von Wahrnehmungsmustern gibt. Einmal der Mythos, dass es nur die Regime gäbe und ihre bärtigen Gegner, ist aufgebrochen worden, wir haben auf den Straßen gesehen, es gibt eine dritte Kraft. Und das zweite ist: Ich glaube, dieses kulturalistische Wahrnehmungsmuster - Demokratie ist nicht gut für die Araber oder Demokratie und Islam geht irgendwie nicht miteinander einher und die wollen vielleicht gar keine individuellen Freiheiten -, dieses kulturalistische Wahrnehmungsmuster ist zu Ende

gegangen. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Perthes. Frau Krämer.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Vielen Dank. ja, und ich bin ausgesprochen froh, dass dem so ist. Also, bekommen wir nachher noch eine zweite Runde mit noch mal fünf Minuten? Dann sage ich lieber zu weniger ein klein bisschen mehr.

Erstens Ägypten. Ich bleibe bei meiner Bewertung, dass die Bewegung irreversibel ist in dem Sinne, dass das System Mubarak gestürzt ist, ohne dass diese Netzwerkpolitik, die Betonung von persönlichen Bindungen meist zu Lasten von Institutionen schon aufgehört hätten. Aufgehört hat auch nicht die vorherrschend sozial konservative Einstellung breitester Kreise der Bevölkerung, übrigens m.E. auch unter den Trägern der Umsturzbewegung. Ich selber bin sehr zurückhaltend mit dem Begriff der Revolution, weil ich lieber noch ein bisschen mehr abwarte; also, wie weit die Veränderung, der Umsturz tatsächlich in eine Transformation des Systems und gerade auch der Gesellschaft gediehen ist und in dem Sinne in vollem Umfang von einer Revolution die Rede sein kann. Dennoch – die Bewegung als solche halte ich für irreversibel.

Das stellt sofort die Frage danach, wie es mit dem kontaminierten Apparat steht, von dem Sie sprachen. In erster Linie also den Angehörigen der bisherigen Staats-, respektive Präsidentenpartei, der Nationaldemokratischen Partei, aber natürlich auch den Sicherheitsdiensten und dem Militär. Ich denke mir, dass die bisherigen Angehörigen der Präsidentenpartei das weitermachen werden, womit sie bisher reüssiert haben, nämlich opportunistisch vorzugehen, wovon schon jetzt die Rede war. Das heißt, sie werden zu einem gewissen Grad ihr Mäntelchen wenden und dann eine andere Sprache adoptieren, vielleicht auch eine andere Politik, aber nach wie vor klientelistisch handeln. Das müssen sie auch, wenn sie weiterhin etwas sagen wollen. Ich denke, dass auf dem flachen Land, in den Städten, auch in vielen Stadtteilen der großen Metropolen weiterhin solche Personen politisch etwas zusagen haben werden. Aber in einem anderen Gesamtgefüge, und deswegen auch mit einer anderen inhaltlichen Richtung. Wie man damit umgeht, denke ich, könnte man gerade mit der deutschen Erfahrung mit größtem Interesse verfolgen. Ich glaube nicht, dass ein glatter Schnitt möglich ist. Es ist also eine vollkommene Verabschiedung der Vertreter des alten Regimes, das muss ich sicherlich nicht ausführen. Aber was mich selber außerordentlich interessiert, ist, inwieweit die Ansätze verbreitet werden, von der deutschen Erfahrung zu lernen, etwa im Umgang mit der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und Stasi-Akten oder vergleichbaren Unterlagen. Da gibt es ja jetzt schon Initiativen.

Nochmals: Ich glaube nicht, dass das die Regeln des politischen Spiels im Grunde sofort auf die Kürze verändern wird. Und dennoch ist hier eine Wendung, eine Drehung geschehen, die sie nicht zurückdrehen können. Und deswegen glaube ich nach wie vor an eine insoweit geglückte erste Phase des Umbaus in Ägypten.

Die Muslimbrüder und an-Nahda: Die Muslimbrüder sind in Ägypten 1928 gegründet worden, haben also schon eine lange Geschichte hinter sich und viele politischen Erfahrungen in unterschiedlichen politischen Rahmen. Die Nahda-Bewegung hat sich in den ausgehenden 70er Jahren in Tunesien geformt, und zwar in bewusster Abgrenzung gegenüber den ägyptischen Muslimbrüdern, und zwar in einer gewissen – auch tunesischen – selbstbewussten Haltung, die sagt: Wir haben zwar Gemeinsamkeiten mit den Muslimbrüdern, aber wollen die Ägypter nicht zu unseren Leitfiguren machen. Wir haben einen eigenen Weg, einen spezifisch tunesischen Weg. Und das bedeutet auch eine besondere Achtsamkeit gegenüber den lokalen Bedingungen in Staat, Kultur und Gesellschaft. Das heißt, auch eine größere Offenheit für die Bedürfnisse der tunesischen Bevölkerung, die Anliegen der tunesischen Bevölkerung, auch die politische Kultur

dieses Landes. Das heißt, bei der Nahda im Allgemeinen von Anfang an eine größere Flexibilität; und schon in den Schriften des Führers Ranoushi der 80er Jahre eine deutliche Bejahung von Pluralismus, Offenheit, Meinungsvielfalt und dergleichen, immer noch in einem islamischen Rahmen. Das muss man natürlich wissen und beherzigen. Das setzt gewisse Grenzen. Aber es ist nichts Neues, bei den Muslimbrüdern etwas Vergleichbares unter stärkerer Betonung des Referenzrahmens Islam und Sharia auch. Das ist in Bewegung, aber es ist nichts grundsätzlich Neues.

Ich würde gerne später, wenn ich darf, noch etwas zu den Bildern und der europäischen Politik sagen. Jetzt nur noch eines: Die Islamisten sind ein politischer Akteur und anderen, die Spielregeln folgen, die sich nicht radikal unterscheiden von den Spielregeln anderer politischer Akteure. Sie können lernen, und sie brauchen Gegengewichte, wie alle anderen politischen Kräfte. Auch die Arabische Liga oder die arabische Rechte ist nicht per se demokratischer als die Islamisten. Auch sie brauchen *checks and ballances*. Und insofern würde ich sagen: Dieser Exzeptionalismus, der die Islamisten als Akteure *sui generis* sieht, sollte aufgegeben werden, auch in der deutschen Politik. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Chimelli.

Rudolf Chimelli: Ich stimme Frau Krämer völlig zu, was an-Nahda, die am weitesten fortgeschrittene Gruppe der Muslimbrüder ist. Das ist ganz sicher. Einer der maßgeblichen Sprecher von an-Nahda hat, wie Sie erwähnt haben, das Familienstatut ausdrücklich akzeptiert. So weit gehen andere Brüder in anderen Ländern nicht. Aber es ist die Richtung, in diese Richtung geht alles, das ist die Tendenz. Das ist meine Meinung.

Ich würde gerne auf ein paar Fragen antworten, die an mich selber gestellt worden sind. Frankreichs Rolle: Frankreich hatte seit den Zeiten de Gaulles eine ganz überragende Sonderstellung in der arabischen Welt. De Gaulle hat nach dem 67er Krieg, während des 67er Kriegs eigentlich, die Front gewechselt. Er ist auf die arabische Seite gegangen. Das haben ihm die Araber jahrzehntelang gelohnt. Das ist vorbei, seitdem Sarkozy Präsident ist. Sarkozy hat eine totale Kehrtwende vollzogen, er ist auf die amerikanische Linie gegangen, fast 100 Prozent. Er ist damit pro-israelisch und der ganze Kredit, den Frankreich in der arabischen Welt hatte, war erschöpft, schon vor der aktuellen Krise. Die Sache hat sich vorübergehend verschlimmert durch die unglückliche Behandlung der tunesischen Revolution durch Frankreich. Die Außenministerin hat, wie Sie alle wissen, Polizeihilfe angeboten. Und sie hatte kurz zuvor ihre Ferien in Tunesien verbracht. Und der Kulturminister hat gesagt, es sei eigentlich keine Diktatur. Das waren sehr unglückliche Dinge. Die tunesische Öffentlichkeit hat das sehr, sehr schlecht aufgenommen. Aber das ist dabei, sich zu ändern. Essebsi, der jetzige Premierminister, sagt, die organischen Verbindungen sind einfach zu stark. Es gibt eine gemeinsame Vereinigung französischer Elite-Hochschulen – gemeinsame Vereinigung ist falsch -, eine Vereinigung aus tunesischen Absolventen von französischen Elite-Hochschulen. In der letzten Regierung, nicht in der Regierung Essebsi, waren sechs Minister mit doppelter Staatsangehörigkeit. Darunter Leute, die auch in der Wirtschaft eine große Rolle spielten. Die sind in der jetzigen Regierung nicht, aber sie sind natürlich nach wie vor vorhanden. Frankreich ist mindestens aus Nordafrika nicht zu verdrängen.

Das Wort Mittelmeerunion ist gefallen, ein Lieblingskind Sarkozys. Das war, wie Herr Perthes sagte, eigentlich schon tot bei der Geburt. Wenn noch ein Wort dazu zu sagen wäre: Der Co-Vorsitzende der Mittelmeerunion war Mubarak. Damit sind die Chancen einer Entwicklung natürlich noch geringer geworden.

Ein Wort zu Katar, denn das scheint mir sehr wichtig. Die katarische Politik beruht auf Schau-

keln. Katar liegt zwischen zwei regionalen Großmächten, dem erdrückend nahen und sehr starken Saudi-Arabien und dem nicht viel weiter entfernten und ebenfalls starken Iran. Katar hat vorzügliche Beziehungen zu Iran und hat auch vorzügliche Beziehungen zur arabischen Welt und versucht ständig, die Gewichte auszutangieren. In diesem Licht muss man auch die Zustimmung Katars zur Libyen-Intervention sehen. Katar verkauft das Erdöl der Revolutionsregierung mit viel Erfolg. Katar hatte aber immer auch große Probleme mit der arabischen Welt und hat viele Schäden wieder gut zu machen. In Katar steht Al Jazeera. Es gibt kaum einen arabischen Staat, in dem Al Jazeera nicht schon Schwierigkeiten gehabt hätte.

Es ist die Türkei erwähnt worden und die relative Position der Türkei. Ich glaube, die Türkei hat große Hoffnungen, aber die beruhen zu 50 Prozent auf der Entwicklung in Syrien. Syrien ist der Eckstein der türkischen Außenpolitik, Arabien-Politik. Wenn das syrische Regime von Assad nicht halten könnte, stünde auch über Nacht die Türkei sehr viel schlechter da. Daran muss man denken.

Es ist erwähnt worden Iran und Hisbollah. Natürlich nimmt Hisbollah gern iranische Hilfe entgegen, vor allen Dingen gern finanzielle Hilfe. Aber Hisbollah ist eine authentisch-libanesische Bewegung und ist nicht bereit, Befehle zu akzeptieren. Es ist eine Symbiose, man hilft sich gegenseitig. Aber da besteht keine Abhängigkeit, das sollte man nicht falsch verstehen.

Ein letztes Wort: Die tunesische Revolution hat effektiv im Ursprung als Hungerrevolte begonnen. Es waren arme Leute, auch arme Intellektuelle gerade. Aber es war eine Revolte der armen Leute im Landesinneren, die nichts zu essen haben. Das sollte man nicht aus den Augen verlieren. Und man sollte auch nicht aus den Augen verlieren, dass die Erwartungen des Fußvolkes jeder Revolution natürlich nicht nur auf Freiheit gehen, sondern auf ein besseres Leben. Die Leute wollen Posten, sie wollen – wenn sie ein Examen gemacht haben – einen besseren Posten, sie wollen höhere Löhne. Und alles das ist schwer zu erfüllen. Aus dieser Ecke droht den Revolutionen in den meisten Ländern große Gefahr. Der iranische Revolutionsführer Khomeini hat einmal sagen müssen, bald nach der Revolution: „Wir haben diese Revolution nicht gemacht, damit die Wassermelonen billiger werden.“ Aber genau das erwartet das Volk, die Wassermelonen und alles andere soll billiger werden. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Barghouti.

Dr. Mustafa Barghouti (*deutsche Übersetzung*): Vielen Dank. Da wurden viele Fragen an ich gestellt. Ich weiß nicht, ob fünf Minuten da reichen. Ich will's mal versuchen. Lassen Sie mich mit ein paar Fragen beginnen, die miteinander zusammen hängen. Was können Sie tun als Deutsche, als Europäer? Ich hoffe, Sie halten mich nicht für zu idealistisch, wenn ich diese Frage beantworte. Aber ich bin selbst Politiker und ich weiß, wie Politiker funktionieren. Und dennoch muss ich Ihnen sagen, Sie müssen klar und bedingungslos demokratische Entwicklungen und demokratische Kräfte unterstützen. Nicht nur, weil das moralisch gesehen besser ist, sondern weil das das Beste ist die Region, langfristig gesehen, und für Ihre Beziehungen in die Region. Wir müssen uns alle daran gewöhnen – und das betrifft auch Sie – an die Idee von Stabilität, die sich auf Demokratie gründet und nicht auf irgend etwas anderem. Ich weiß, das ist schwer zu akzeptieren, aber schauen Sie in Ihre eigene Geschichte. Hier noch einmal: Die arabische Welt unterscheidet sich nicht grundlegend von anderen Regionen der Welt. Wir sprechen immer von der Globalisierung, und diese Globalisierung hat die arabische Welt erreicht. Wenn Brasilien eine Demokratie sein kann, warum nicht Ägypten? Es wäre doch seltsam, wenn Ägypten das nicht schaffen könnte. Und deswegen sollten wir alle akzeptieren, das ist der Lauf der Geschichte. Und das bedeutet, Sie sollten gute Staatsführungen unterstützen. Und das heißt, dass viele Länder - na ja, die USA werden das sicher nicht machen -, aber sie sollten aufhören zu

denken, das sind unsere Leute. Selbst wenn es Diktatoren sind oder Unterdrücker, wir sollten die immer noch unterstützen, denn das sind unsere Leute. Das funktioniert so nicht. Und der Grund, warum die islamischen Kräfte so mächtig geworden sind, war - hauptsächlich einer der wichtigsten Faktoren -, dass die demokratischen säkularen Kräfte so stark unterdrückt wurden über so viele Jahre. Und wenn man sagt, entweder ist das unser Diktator, der ein säkularer Diktator ist oder die Islamisten, dann gewinnen die Islamisten. Aber wenn man sagt, entweder ein Diktator oder die Demokratie einschließlich der Islamisten, aber auch einschließlich anderer, dann gewinnt die Demokratie. Ich glaube, man muss den ganzen Blickwinkel hier ändern. Und man muss akzeptieren, dass die Menschen sich in diese Richtung bewegen. Die Achtung von Menschenrechten und Demokratie, diese wichtigen Werte, das muss gelten, und zwar immer.

Der zweite Punkt, wo Europa die Chance hat, die Herzen der Menschen in der arabischen Welt zu gewinnen, das ist das viel schwierigere Thema: Israel. Hier ist es leider so, dass viele Länder in der Welt, vor allem die USA, die Welt oder die Region durch die israelische Brille betrachten. Und das darf nicht sein. Man muss das mit seinen eigenen Augen sehen, aus der eigenen Perspektive. Und langfristig wäre das auch besser für Israel. Ich bin der Meinung, am schwierigsten wird die Tatsache, dass die meisten Menschen in der arabischen Welt der Meinung sind, dass in Europa und den USA mit zweierlei Maß gemessen wird. In Libyen sieht man hier diese Maßnahmen, die Flugverbotszone usw. Aber als Gaza bombardiert wurde auf inhumane Weise, da hat niemand so was diskutiert. Den Arabern und den Palästinensern hat man mehrfach Versprechungen gemacht. Wenn Saddam Hussein erledigt ist, dann kümmern wir uns um den Israel-Palästina-Konflikt. Und das ist nie passiert. Oder wenn wir einmal mit Ghaddafi fertig sind, dann werden wir uns dem zuwenden. Da haben die Menschen jetzt Zweifel.

Katar zum Beispiel – Katar ist sehr populär geworden in der arabischen Welt, als sie die ägyptische Revolution unterstützt haben und als sie die tunesische Revolution unterstützt haben. Das Image von Katar verschlechterte sich nach den Ereignissen in Libyen. Warum? Aufgrund dieser Mischung zwischen externen und internen Kräften. Es ist also eine sehr dynamische Situation. Und heute zum Beispiel ist der österreichische Außenminister im Gaza-Streifen, über Ägypten ist er eingereist. Und er hat gesagt, die Blockade im Gaza sollte aufgehoben werden. Das ist ein guter Schritt. Das sind Aktionen, die positive Gefühle schaffen können.

Ich glaube also, Europa muss sich die folgende Frage stellen: Sie müssen nicht mal Sanktionen ergreifen gegenüber Israel. Sie müssen einfach nur Israel sagen: Wenn ihr das Recht der Palästinenser auf Freiheit nicht akzeptiert, dann könnte sich das auswirken auf eure Privilegien. Ihr müsst einfach nur eure Gesetze umsetzen, eure Gesetze in Israel, die besagen, dass ein Land, das die Menschenrechte verletzt und das Völkerrecht verletzt, dass ein solches Land diese Privilegien nicht genießen darf. Wenn man das tut gegenüber Israel, dann wird das viel Glaubwürdigkeit schaffen für Europa in der arabischen Welt.

Und zu der Frage, ob es eine Hungerrevolution gewesen ist – na ja, ich würde sagen, eine Mischung. Da gab es Menschen, die Hunger leiden mussten. Aber Sie haben natürlich völlig Recht, wenn Sie von der Mittelschicht in der arabischen Welt sprechen. Und viele, vor allem die jungen Vertreter der Mittelschicht, hatten das Gefühl, dass sie keine Chancen hatten im Leben. Sie hatten das Gefühl, dass es keinen Rechtsstaat gab. Es war ein System, das von Privilegien, von Nepotismus beherrscht wurde, von Klientelismus; und dass, wenn man keine Kontakte hatte, keine Beziehungen, man auch nichts erreichen konnte. Und diese Menschen, die gehen auf die Straße, weil sie die selben Werte wollen wie Sie hier auch. Die wollen Demokratie, die wollen Freiheit und die wollen Teilhabe. Sie wollen mitreden und mitbestimmen über ihre Zukunft. Und das gilt genauso für die Palästinenser.

Einen Punkt, den ich vorhin nicht angesprochen hatte, der wichtig ist für diese Revolution, das ist natürlich die Palästinenserfrage. Bitte unterschätzen Sie nicht – obwohl das nicht der einzige Faktor ist und auch nicht als wichtigster Faktor vielleicht bezeichnet werden kann, aber es ist ein sehr wichtiger Faktor! – die arabische Würde, die viele Male verletzt worden ist durch das Verhalten Israels aufgrund der heftigen Angriffe gegen Gaza, gegen Libanon, gegen so viele Orte. Das hat die Würde der Menschen verletzt. Und das hat sicherlich Auswirkungen gehabt auf die Reaktionen der Menschen.

Zum Friedensprozess: Was kann die Situation verändern? Ich glaube, da gibt es zwei Faktoren, die die Situation verändern können aufgrund des Stillstandes, den wir heute haben, und aufgrund des Siedlungsbaues. Das ist nicht der Zeitpunkt, vielleicht darüber zu sprechen. Aber unterschätzen Sie nicht, wie sehr dieser Siedlungsbau und der Stillstand des Friedensprozesses die letzte Chance auf eine Zwei-Staaten-Lösung zerstört. Die einzigen zwei Faktoren, die das verändern können, sind Druck von außen auf Israel oder ein gewaltfreier Widerstand in Palästina. Das sollte auch eine Rolle spielen. Aber der internationale Faktor hier ist sehr wichtig. Es gibt keinen Fortschritt im Friedensprozess, weil die Machtbalance so sehr auf Seiten Israels gewichtet ist. Und die Menschen in Israel, die stehen ja auch gar nicht unter Druck, für die ist ja alles gut.

Wie verändert man also dieses Machtgleichgewicht? Wenn man das nicht verändert, dann wird sich nichts verändern. Das sind natürlich keine guten Nachrichten für Israel. Warum nicht? Weil, wenn sie die Zwei-Staaten-Lösung abwürgen, dann wird Israel einem palästinensischen Kampf gegenüber stehen mit Unterstützung der arabischen Staaten, so wie es das nie gegeben hat. Denn dann werden die arabischen Bevölkerungen frei sein von der Unterdrückung ihrer Regimes in vielen Ländern jedenfalls. Und dann wird es mehr Solidarität geben mit den Palästinensern. Und Israel wird sich einem Kampf der Menschen gegen das Apartheid-Regime ausgesetzt sehen. Da wird es Palästinenser geben, die ihre demokratischen Rechte einfordern. Und ist es das, was Israel will? Das ist die echte Herausforderung.

Ein letzter Punkt, und die anderen Fragen lasse ich dann vielleicht für die letzte Runde. Die Frage, ob die Islamisten die Demokratie akzeptieren werden. Wird diese Revolution für die Demokratie weitergehen, wenn die Islamisten eine Diktatur werden oder eine Ein-Parteien-Regierung vielleicht. Die Antwort ist: Ja. Und ein gutes Beispiel ist das, was heute in Gaza geschieht. Die Menschen sind wütend über das autoritäre System in Gaza und im Westjordanland. Die Menschen sind wütend über die Unterdrückung. In Gaza unterdrückt die Hamas die Fatah und alle anderen und in der Westbank unterdrückt die Fatah die Hamas und alle anderen. Und wer hat darunter zu leiden? Die demokratischen Kräfte. Und deswegen glaube ich, dass das, was die Muslimbrüder im Zaum halten wird und demokratischer machen wird – ja, das sind natürlich viele Faktoren, aber der Hauptfaktor ist die Stärke der demokratischen Kräfte selbst. Und das ist wichtig für Sie, daran müssen Sie denken bei Ihrer Politik, bei Ihrem Ansetzen und bei der Art und Weise, wie Sie Ihre Arbeit machen.

Ich glaube fest an die Kraft und die Macht der Gewaltfreiheit. Als ich zum letzten mal Hamas-Anführer getroffen habe, da haben die mir gesagt: „Wissen Sie was? Ihre Theorie funktioniert, sie funktioniert überall in der arabischen Welt.“ Die Macht der Gewaltfreiheit, für die wir in Palästina eingetreten sind. Und ich glaube, das wird sich sehr stark auswirken, vor allem in Palästina. Wir sehen das heute unter jungen Menschen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt noch zu zwei Wortmeldungen im Augenblick und dann wieder eine Antwortrunde. Das eine ist Herr Götzer. Herr Götzer ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. Dr. Wolfgang Götzer, CDU/CSU: Ja, vielen Dank. Meine erste Frage ist eigentlich eine

Wiederholung der Frage des Kollegen Stinner, die aus meiner Sicht nicht ganz beantwortet worden ist, nämlich: Welche Gefahr birgt eine jetzige militärische Intervention in Libyen im Hinblick auf ein mögliches Erstarken anti-westlicher Stimmung beispielsweise? Und gibt es vielleicht auch eine Gefahr [...], was das zivile Engagement insbesondere in Libyen angeht, dass dann – das ist heute mal erwähnt worden – der Stolz der Araber sozusagen gekränkt sein könnte? Nachdem man uns immer vorwirft, vor allem die Amerikaner, aber auch wir würden nicht sensibel genug sozusagen an die Mentalität der Araber behandeln und beurteilen, glaube ich, ist das für uns von großer Wichtigkeit.

Nächste Frage, auch zu Libyen. Über die Gefahr oder relativ geringe Gefahr durch Al Qaida insgesamt in der arabischen Welt ist ja schon gesprochen worden. Aber gibt es nicht vielleicht eine besondere Beurteilung speziell was Libyen angeht? Denn dort ist ja auch die Sondersituation, dass es einen Bürgerkrieg gibt, dass es jetzt eine militärische Intervention des Westens gibt, und somit vielleicht einen fruchtbareren Nährboden für Terroristen.

Noch eine Frage zu Libyen. Was will diese Opposition eigentlich genau? Wir haben heute Vormittag gehört, es gibt da so ein Demokratiepapier, das wohl rumgeschickt worden ist. Aber was genau stellt man sich darunter vor? Oder können wir davon ausgehen, dass sich dieser Oppositionsrat schon relativ konkrete Vorstellungen über Demokratie macht? Und wie weit ist das mit unserer Vorstellung von Demokratie vergleichbar?

Und dann eine letzte Frage zu Ägypten. Ist durch das Verfassungsreferendum die Stellung der religiösen Minderheiten nicht eher verschlechtert worden? Von der Wirklichkeit haben Sie gesprochen, dass es momentan keine Verbesserung für die Lage der Christen in Ägypten gibt. Mich würde interessieren, wie das im Hinblick speziell auch auf das Verfassungsreferendum zu beurteilen ist. Danke.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Mützenich. Herr Dr. Mützenich ist der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Rolf Mützenich, SPD: Vielen Dank. Ich wollte auch noch mal der Expertin, den Expertenganz herzlich danken, dass Sie bereit waren, heute unserer Einladung nachzukommen. Und ich finde schon, dass noch mal durch die Anhörung auch deutlich geworden ist, dass zumindest ein Faktor aus den arabischen Umbrüchen vielleicht in einzelnen Ländern bleibt, dass offensichtlich gesellschaftlicher Protest auch in der Lage ist, zu Veränderungen zu führen. Zu Veränderungen im Innern, aber auch möglicherweise langfristig in der internationalen Politik. Und das gibt ja auch Hoffnung.

Ich habe einige Fragen, ich will das nicht so strikt verteilen an diejenigen, die hier antworten können. Aber ich würde gerne doch noch mal fragen – ich glaube, das hat bisher noch nicht so eine Rolle gespielt -, was die Bedeutungen von zwei gesellschaftlichen oder staatlichen Organisationen sind. Also, die erste staatliche Organisation - die Bedeutung des Militärs bei den Umbrüchen in der arabischen Welt hat sowohl in Tunesien als auch in Ägypten scheinbar doch einen wichtigen Faktor gehabt. Und wir haben ja auch erlebt in den siebziger und achtziger Jahren: Militärs können Gestalter einer Veränderung sein, sind aber oft im Grunde genommen auch die Kräfte, die eher zum konservativen Bild einer Gesellschaft auch beitragen. Und der zweite Aspekt ist die Rolle von Gewerkschaften. Auch die Gewerkschaften waren ja scheinbar in der Lage gewesen – sowohl in Tunesien als auch in Ägypten -, eine besondere Rolle zu übernehmen, scheinbar auch für den gesellschaftlichen Protest.

Zweite Frage: Wie schätzen Sie überhaupt die Rolle von Parlamenten ein? Wenn wir das Instrument der Wahlen als ein Faktor der politischen Veränderungen in Zukunft beschreiben,

werden ja auch Parlamente eine Rolle spielen müssen. Können Parlamente gerade bei diesen Umbrüchen auch eine positive Wirkung haben, insbesondere dann, wenn sie auch in der Lage sind, sich an der Machtverteilung auch zu beteiligen? Also, ist das sozusagen ein wichtiger Punkt? Und ich habe so herausgehört, dass ja fast unter allen fünf Experten hier unbestritten ist, dass man nicht mehr mit Vorbedingungen an Wahlen, an Ergebnisse auch herangehen sollte. Aber sehen Sie möglicherweise in Zukunft dort, wo Wahlen stattfinden, auch die Bereitschaft von Akteuren, den so genannten politischen Islam auch an den Regierungen zu beteiligen, entweder direkt in der Form der Parteien oder durch Technokraten?

Dritte Frage und das würde ich gerne mal von einer anderen Richtung her auffächern. Wir hören ja die ganze Zeit über den politischen Islam. Was mich noch interessieren würde, ist, ob möglicherweise die Umbrüche in der arabischen Welt auch einen Einfluss haben auf das Leben mit dem Islam. Also kurzum, ob sozusagen die Individualisierung, die ja auch eine Rolle spielt in der arabischen Welt, möglicherweise auf die Ausgestaltung des Islam in den Gesellschaften auch wieder zu Veränderungen führen könnte.

Vierte Frage. Glauben Sie, dass die Gesellschaften bereit sind, sich zu versöhnen? Weil ich glaube, man muss sich ja versöhnen auch mit den alten Machthabern, vielleicht nicht in Person, aber wahrscheinlich in Gestalt von einzelnen Institutionen. Also gibt es auch Ansatzpunkte? Und ich glaube, dabei könnte ja auch eine deutsche oder europäische Rolle helfen, diese Gesellschaften miteinander auch zu versöhnen für die Dinge, die in der Vergangenheit leider auch gegenüber den Menschenrechten passiert sind.

Dann noch ganz konkret zu drei Ländern, die mich doch interessieren, die hier nicht so eine richtige oder doch schon Rolle, aber vielleicht etwas noch wichtiger zumindest für mich sind. Herr Chimelli hatte noch mal darauf hingewiesen. Bei der Frage Bahrain, dass ja der Irak da offensichtlich ja auch sozusagen als Akteur in Frage kommt. Aber das ist jetzt nicht für mich so entscheidend, sondern mich würde vielmehr interessieren: Was haben denn eigentlich die Umbrüche in der arabischen Welt für Auswirkungen auf den Irak, der ja von außen umgestaltet worden ist, der im Inneren wahrscheinlich sehr fragil ist? Wird es möglicherweise auch im Irak, was ja ein wichtiges arabisches Land trotz einer natürlich schiitischen Teils auch ist, eine Rolle dabei spielen? Oder ist er aufgrund der Zerstörungen, der Verletzungen etc. eigentlich gar nicht betroffen? Zweites Land: Saudi-Arabien, was – wie ich glaube - wir natürlich sehr stark werden beobachten müssen, insbesondere was die Nachfolgefragen sind. Mir ist das eben nicht geläufig. Wie werden wir aber mit Saudi-Arabien umgehen müssen? Und wer hat überhaupt von außen noch Einfluss auf Saudi-Arabien, insbesondere wenn man an die USA denkt.

Letzter Punkt, letztes Land, der Libanon. Der Libanon, glaube ich, spielt eine Sonderrolle sowieso in der arabischen Welt. Herr Perthes hatte ja oft darüber geschrieben, auch unterrichtet und viele andere Dinge auch. Aber für uns ist natürlich der Libanon deswegen auch so wichtig, weil wir ja auch da eine Verantwortung übernommen haben, indem wir uns an UNIFIL beteiligen. Welche Auswirkungen haben denn diese Veränderungsprozesse auf den Libanon? Und haben sie überhaupt Veränderungen? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Djir-Sarai. Herr Djir-Sarai ist Mitglied der FDP-Fraktion.

Abg. Dr. Bijan Djir-Sarai, FDP: Ja, herzlichen Dank. Ich habe heute hier auch festgestellt, welche Gemeinsamkeiten ich mit dem Kollegen Gehrcke hier habe. Wir haben beide ja eine Revolution erlebt. Und wir standen beide auf der Seite der Verlierer. Sie 1989 hier und bei mir 1979 in Teheran. Also auch das haben wir gemeinsam. [.....]

Dann können Sie auch sehen, worauf ich hinaus will. Und zwar das, was wir – speziell, wenn wir

die Entwicklung uns anschauen, die damals 1979 in Teheran stattgefunden hat -; es ist ja nun mal so, dass wir häufig auch die Entwicklung in der arabischen Welt in der Vergangenheit sehr speziell auch mit der Situation, mit der Entwicklung damals in Teheran verglichen haben. Sie haben das Beispiel ja auch mit den Melonen gerade gebracht. Und ich weise noch mal darauf hin, die Entwicklung, die in der arabischen Welt stattgefunden hat – und das ist ja auch mehrmals hier auch gerade betont worden -, war ja nicht in erster Linie eine Bewegung, die nach Demokratie und nach Freiheit gerufen hat. Das ist hinterher natürlich dazu gekommen. Aber in erster Linie waren es ja auch wirtschaftliche Entwicklungen. Auch das haben Sie ja hier immer wieder deutlich herausgestellt. Und wenn diese wirtschaftlichen Entwicklungen – die werden ja auch sehr rasch erwartet, wirtschaftliche Entwicklungen müssen ja schnell kommen, weil sonst wird ja auch eine gewisse Enttäuschung dort eintreten. Das ist das große Problem, was gerade auch existiert. Wenn diese Entwicklung nicht eintritt, dann kippt oder kann die Stimmung in die andere Richtung kippen. Das große Problem liegt ja in der Natur der Sache. Und das ist eher der Punkt, wo man die richtigen Instrumente entwickeln muss, um anzusetzen. Und ich bin mir nicht sicher und teile auch diese Auffassung nicht, das so zu verharmlosen, die Entwicklung der Muslimbrüder speziell in Ägypten.

Wenn soziale Reformen erwartet werden, wenn wirtschaftliche Perspektiven nicht vorhanden sind, dann gibt es eine Gruppe, die leider auch diese Entwicklung irgendwo unterschwellig anbieten kann. Und das sind die Muslimbrüder, die diese Infrastruktur besitzen. Das sind die Einzigen, die in Ägypten im Vergleich zu den anderen ganz klare politische Vorstellungen haben, wie Ägypten morgen aussehen muss. Das sind die Einzigen, die Infrastruktur haben, die eigene Stiftungen haben, eigene Unternehmen haben und auch in bestimmten Regionen auch diese soziale Sicherungssysteme ja auch anbieten. Das ist ja das große Problem. Und das ist ja die große Gefahr, was mich auch hier beunruhigt. Und das kann alles in diese Richtung kippen.

Schauen Sie – und jetzt komme ich auch wieder zu dem Anfang -: Die iranische Revolution war ja genauso im Prinzip wie in Ägypten. Man hatte es mit einem korrupten System zu tun gehabt. Die Menschen hatten das Gefühl, dass sie nicht partizipieren können in diesem System. Man hat das Problem gehabt, große soziale Probleme, große Schwierigkeiten für gut ausgebildete junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Ein korruptes System, was ich ja auch am Anfang gesagt habe. Und dann hat sich diese Unruhe entwickelt. Und hinterher haben sich dann Gruppen durchgesetzt, die in dieser Revolution in erster Linie gar keine Rolle gespielt haben. Und heute ist es sogar so, in der Geschichtsbetrachtung wird das sogar als eine islamische Revolution dargestellt, obwohl es mit Islam überhaupt nichts zu tun hatte, sondern gesellschaftspolitische Veränderungen dahinter waren. Das ist die große, große Gefahr. Und mich würde es interessieren, ob vielleicht auch diese Parallele deutlich ist und – da bin ich mir nicht sicher – ob Sie diesen Punkt hier, ob dieser Punkt herausgearbeitet wurde und diese Gefahr auch richtig herausgestellt wurde. Das wäre eine Frage, die ich dazu hätte. Und die zweite Frage: Bitte sagen Sie noch einmal ganz konkret, diese Entwicklung, die gerade in Libyen stattfindet, die Resolution und vor allem das, was jetzt daraus erfolgt ist. Nicht von der offiziellen Seite, sondern mich würde es interessieren, wie das von der arabischen Welt auf der Straße gesehen wird.

Da gibt es ja völlig unterschiedliche Aussagen auch dazu. Es gibt ja Leute, die inzwischen sagen - das höre ich immer, das schadet ja nicht, wenn man den direkten Kontakt auch zu den Akteuren, zu den Menschen vor Ort sucht -, die sagen zu mir: „Wir waren bis jetzt als stolz auf diese Bewegung in der arabischen Welt, weil das eine reine arabische Bewegung war.“ Das ist ja auch einmalig für diese Region. Darauf ist man auch sehr stolz. Und man sagt: „Jetzt, durch eure Handlungen kommt wieder so eine Schiefelage herein“ - nach dem Motto „Beeinflussung von außen“ mit anderen Absichten. Ein bisschen Verschwörungstheorie - darüber haben wir ja mehrmals geredet, im Nahen Osten hat man ja eher einen Hang dazu, die Dinge häufig - Kollege

Stinner hat das ja auch gerade herausgestellt – politisch etwas anders zu betrachten. Und das ist die Gefahr. Da würde mich interessieren, ob Sie diese Gefahr auch sehen.

Und eine letzte – das ist ja keine Frage, sondern eine Anmerkung: Ich glaube, dass die Art und Weise, wie Israel hier handelt, doch sehr logisch ist. Über die Inselfunktion des Staates Israel in der Region brauchen wir nicht zu reden, das ist doch völlig klar, wenn man als einzige Demokratie in der Region existiert und solche Gefahren vor der eigenen Haustür hat. Aber ich glaube schon, und das muss auch deutlich werden, Israel steht ja hier als Beobachter vor einem Prozess, wo Israel selbst nicht weiß, was am Ende dabei heraus kommt. Und von daher ist es diese Zurückhaltung – Herr Kollege Gehrcke, weil Sie das auch angesprochen haben –, diese Zurückhaltung kann ich absolut nachvollziehen. Es ist in der Tat Innenpolitik, was die Außenpolitik beeinflusst, das ist völlig richtig. Aber das ist ein Schritt, was völlig nachvollziehbar ist. Danke.

Der Vorsitzende: Frau Dagdelen, Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Sevim Dagdelen, DIE LINKE.: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich in meinem, aber auch im Namen meiner Kollegin Heike Hänsel entschuldigen, dass wir zu spät kamen. Der Grund ist, dass wir noch in der Mündlichen Fragestunde der Bundesregierung waren. Und ich möchte meine Frage vor allen Dingen an Frau Krämer richten.

Frau Krämer, Sie haben in der Beantwortung des interfraktionellen Fragenkatalogs die Rolle der islamischen Kräfte folgendermaßen eingestuft: Sie sagen, der politische Islam bislang weder in der einen noch in der anderen Variante spielt eine prominente, geschweige denn eine tragende Rolle. Und in dem Zusammenhang würde ich aber auch gerne noch mal wissen, weil ja auch in dem Fragenkatalog eine Frage gestellt wurde, was von außen getan werden kann, um die Prozesse zu fördern, sagen Sie, in den Ländern soll von außen, soweit denn die Beteiligten selbst es wünschen, überhaupt geholfen werden. Und in dem Zusammenhang möchte ich schon gerne wissen, inwieweit haben Sie einen Überblick, Kenntnis davon, wo und von wem vor allen Dingen es einen Wunsch gibt. Ich meine, das Problem in Ägypten ist ja, man hat ja diesen Militäratt, der nicht unbedingt die gesellschaftlichen Kräfte der Bewegung sozusagen widerspiegelt. Es gibt ja auch sehr große Klagen über die jetzige Situation, also nicht nur Verfassung, das Parteiengesetz usw., es kaum möglich ist, für Kräfte, die in der Bewegung waren, sich für die Parlamentswahlen, die angesetzt sind, überhaupt in Stellung zu bringen, also anzutreten als Partei, aus finanziellen Gründen, aber auch aus vielen anderen Gründen, die Voraussetzungen nicht erfüllen können. Und in diesem Zusammenhang würde ich schon gerne wissen, wer hat überhaupt Hilfe benötigt oder hat sozusagen formuliert, dass er oder sie Hilfe möchte? Und spricht er oder sie dann auch im Namen eben dieser gesellschaftlichen Kräfte, die die Bewegungen vor Ort, die fortschrittlichen vor allen Dingen, überhaupt vertreten?

Und dann vielleicht noch mal eine Frage in Bezug, welche Instrumente Deutschland oder auch die EU zur Unterstützung der Entwicklung in diesen Ländern überhaupt entwickeln könnten. Da sagen Sie auch, in die Innenpolitik gerichtet nach Deutschland, dass man eine glaubwürdige Integrationspolitik gegenüber Musliminnen und Muslimen vor allen Dingen machen sollte in Deutschland. Da würde ich schon gerne wissen, ob Sie das vielleicht noch mal ein bisschen öffnen könnten, inwieweit z.B. tangiert es die Außenpolitik, wenn der neue Innenminister in Deutschland – Herr Friedrich – sagt, der Islam gehört nicht zu Deutschland? Inwieweit hat das überhaupt irgendwelche Auswirkungen in der arabischen Welt oder eher, sagen wir mal, muslimisch geprägten Welt? Wenn es das hat, welche sind das?

Und als dritter Punkt, auch in diesem Zusammenhang, zu einem rechtsstaatlichen Vorgehen in der Flüchtlingsfrage und Migrationsfrage. Das haben Sie ja auch [...] mit von außen, was da

gemacht werden kann, also, diese Prozesse so befördern, haben Sie da auch noch mal Stellung bezogen. Ja, wie kommt das, haben Sie Kenntnis darüber, wie das ankommt in der arabischen Welt, dass man auf der einen Seite sagt, man möchte mit militärischen Operationen wie jetzt, was diskutiert wird – EUFOR Libya – also in Libyen vielleicht einen Militäreinsatz zu machen, so wie ein Vorratsbeschluss des Ministerrats, um die humanitäre Katastrophe abzuwenden und Menschen zu transferieren sozusagen an die Grenzen oder auch in Libyen. Wenn angesichts dessen, dass es ja Flüchtlinge gibt, die mit FRONTEX etc., aber auch über die Seegrenzen sozusagen davon abgehalten werden, überhaupt das Land in Richtung Europa, überhaupt Land erreichen zu können. Und durch die Luftangriffe, die ja stattfinden, auch Flüchtlinge auch hervorgerufen werden, weil die Menschen getötet oder auch ihre Existenzen dort zerstört werden.

Also, inwieweit hat das auch – also, ich meine, wir kritisieren das ja hier -, aber inwieweit hat das auch Auswirkungen oder Wahrnehmungen in der arabischen Welt oder in den betreffenden Ländern? Wie wird es wahrgenommen oder ist es vereinbar sozusagen mit dem Bild, was der Westen von sich selbst versucht, dort zu projizieren? Danke.

Der Vorsitzende: Frau Müller.

Abg. Kerstin Müller (Köln), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ich knüpfe da auch noch mal dran an, an diese Fragestellung. Frau Krämer, Sie haben gesagt, die Muslimbruderschaften sind ein Akteur unter anderem – teile ich! – und brauchen politische Gegengewichte. Teile ich auch. Aber die Frage ist ja schon sozusagen: Wird es die nach den Wahlen geben? Sie haben [...] auch da kam jetzt so wieder die [...] Ist ja schön, wenn das so käme, natürlich. Aber die Skepsis also gerade hier aus der iranischen Oppositionsbewegung, die hier leben [...] Wir kriegen da tagtäglich [...] Die Mails werden angesprochen. Schaut nach Iran, ich glaube, die Parallele trägt nur begrenzt, aber auch da haben wir geglaubt, wird alles anders laufen. Auch da haben wir geglaubt, es wird letztlich säkular enden. Aber es ist nicht in der Errichtung eines Gottesstaates geendet. Nun sehe ich das im Moment auch nicht bei den Muslimbruderschaften. Aber jetzt ganz sicher zu sagen, es wird nicht dazu kommen, zu einer stärkeren Islamisierung, weil die Muslimbruderschaften einen größeren Einfluss bekommen, finde ich auch schwierig. Also nur jetzt der kurze Rückblick: Die demokratischen Teile sind gegen das Verfassungs....[...] ich hab' das so verstanden, also dass man da [...] Gut, dann ist das nicht [...] Also, die demokratischen Teile haben eben große Bedenken, sie sind gegen das Verfassungsreferendum so schnell gewesen, sie sind gegen zu schnelle Wahlen gewesen, sie sagen, wir haben keine Chance, uns jetzt zu konstituieren. Es gibt nur zwei Organisationen, die diese Strukturen haben. Also das sind alles sehr schwierige Entwicklungen. Und die Frage ist eben: Was kann man tun? An welche Bewegungen muss man im Grunde anknüpfen?

Rolle der Frau, das will ich noch mal konkret fragen. In Ägypten und Tunesien die Netzwerke, die wir da haben, große Hoffnungen während der Revolution, und jetzt ganz unterschiedliche Erfahrungen nach der Revolution. Ich nenne es jetzt trotzdem noch mal so. Also, in Tunesien, wo uns berichtet wird, ja, wir haben die Chance, einen Teil davon umzusetzen. Und in Ägypten im Grunde genommen, wir werden wieder an den Katzentisch verwiesen und sagen auch, wir haben wenig Mittel, uns überhaupt einzubringen in diese Konstituierungsprozesse. Vielleicht haben Sie da auch noch mal konkrete Empfehlungen. Das wäre ja vielleicht auch ein Ansatzpunkt, also Rolle der Frau und demokratische Kräfte dort zu stützen.

Und letzte Frage zu Syrien. Also, Volker Perthes hat gesagt, bitte, please don't help us. Also dort ist das wesentlich schwieriger. Aber dennoch stellt sich ja die Frage, falls es doch auf so eine [...] ja, das Regime zu einer Tian An Men-Lösung greift, was ja zum Beispiel die International

Crisis Group nicht ausschließt und andere auch nicht. Wäre dann die Antwort der anderen Referenten auch so, dass „please don't help us“ dort angemessen ist, weil es dort noch mal eine andere Lage ist als in Libyen? Oder wie sehen Sie das?

Der Vorsitzende: So, wir beginnen jetzt mit Herrn Dr. Barghouti in die Abschlussrunde. Und wenn Sie wieder so bei fünf plus ein bisschen was Minuten bei der Antwort sind, dann kriegen wir das auch genau in den drei Stunden über die Bühne. Herr Barghouti.

Dr. Mustafa Barghouti (*deutsche Übersetzung*): Vielen herzlichen Dank. Zur Rolle der Arabischen Liga, auch das ist eine Frage, die noch nicht beantwortet wurde. Ich denke, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass die Rolle der Arabischen Liga von der Rolle Ägyptens abhängt. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger und entscheidender Faktor. Zur Frage Europa: Ich denke, Europa steht vor einer großen Herausforderung. Wie stark kann man gemeinsam handeln mit 27 Ländern? Ich habe erst kürzlich mich mit Lady Ashton getroffen und sie hat ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Sie hat gesagt: „Wie kann man 27 Länder bewegen und gemeinsam bewegen?“ Ein Land kann blockieren. Ich denke, Europa muss ein Gleichgewicht finden zwischen gemeinsamen EU-Maßnahmen und –handeln und der Teilnahme und den Aktionen einzelner Länder. Deutschland hat eine wichtige Rolle zu spielen, wie auch Frankreich und andere Länder. Das ist wichtig und nötig. Denn wenn man darauf wartet, dass alle 27 Länder gemeinsam handeln, dann führt das dazu, dass die Rolle Europas geschwächt wird.

Zur neuen israelischen Initiative, die kenne ich nicht besonders gut. Aber ich interessiere mich sehr dafür. Ich werde sie mir ansehen. Wenn es etwas ist, was nicht von Netanjahu kommt, dann ist das positiv. Aber Netanjahu hat auch eine eigene Initiative vorgelegt, die nicht sonderlich positiv ist. Ich denke, jegliche Initiative hat gute Aussichten, wenn der Kompromiss nicht kompromittiert wird. Der Kompromiss ist klar: Jerusalem die Hauptstadt beider Seiten, die Flüchtlingsfragen müssen geklärt werden. Die Prinzipien sind klar. Das Problem sind die beständigen Bemühungen, den Kompromiss zu kompromittieren. Und das führt nirgendwohin.

Ich möchte noch etwas zur Rolle der Armee sagen. Ich denke, die Armee, das Establishment – nun, die große Frage, vor der die arabische Welt steht, wie viele andere Länder auch, ist folgende: Wie schafft man ein Gleichgewicht zwischen Stabilität und Demokratie und demokratischen Rechten und Menschenrechten? Das Militär hat eine stabilisierende Rolle gespielt. In manchen anderen Ländern hat der König eine stabilisierende Rolle gespielt. Die Frage also ist wie folgt: Wie bewegt man die Dinge in Richtung Demokratie, während man gleichzeitig Stabilität bewahrt? Das Problem, vor dem die arabische Welt stand, war, dass die Rolle des Militärs auch komplimentiert wurde durch einen Sicherheitsapparat. Und wir befanden uns in vielen Orten in Polizeistaaten. Selbst in Regionen wie Palästina, was ja noch kein Land ist – man kann nicht im Regierungssektor arbeiten, wenn man nicht zwei Überprüfungen durch Sicherheitsdienste durchlaufen hat. Das erinnert mich an die Stasi. Und das demotiviert junge Menschen. Und das nervt junge Menschen. Ich denke, es gibt da keinen Widerspruch.

Hauptstabilisierender Faktor ist die Konsolidierung der Demokratie als System. Die Menschen können sich vielleicht falsch entscheiden bei Wahlen. Aber wir müssen ja sicherstellen, dass Wahlen regelmäßig stattfinden. Und dass keine Partei sagen kann, ich hab' einmal Wahlen gewonnen, also das war es nun, jetzt gibt es keine weiteren Wahlen mehr. Das ist sehr wichtig. Wir müssen den Menschen vertrauen, die Menschen sind intelligent. Und die Menschen wehren sich gegen Fehler oder Fehlverhalten, wenn es sie betrifft.

Mein letzte Bemerkung bezieht sich nun auf Israel als die einzige Demokratie. Ich habe eingangs darüber gesprochen, und ich denke, das ist nicht etwas, worauf wir abziehen sollten, dass Israel die einzige Demokratie in der Region bleiben soll. Aber es ist doch eine sehr besondere

Demokratie. Eine Demokratie, die die längste Besatzungszeit hat. Eine Demokratie, die ein Apartheid-System vor Ort schafft. Ein Palästinenser darf nicht mehr als 50 m³ Wasser verbrauchen, während illegale israelische Besatzer 240 m³ Wasser verbrauchen. Das ist eine Politik, die dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht widerspricht. Es ist eine Demokratie für das jüdische Volk, aber sie bezieht sich nicht auf die anderthalb Millionen Palästinenser, die in Israel leben und israelische Staatsbürger sind.

Meiner Meinung nach muss Israel, wenn es eine Demokratie bleiben will, die Freiheit der Palästinenser ermöglichen. Und Israel muss aus der Geschichte anderer Länder lernen. Und schlussendlich, das ist meine letzte Anmerkung, und dann muss ich in fünf Minuten gehen, weil ich mein Flugzeug erwischen muss. Aber ich danke Ihnen noch einmal für die Einladung. Meine letzte Anmerkung ist folgende: Wir sollten keine Angst haben vor Wandel oder Entwicklung. Das ist gut. Man könnte sagen, wir haben uns Sorgen gemacht über die Demokratie in Nicaragua, weil das die Sandinisten zurück bringt, die wir oder manche von Ihnen nicht mögen. Aber was ist mit den Sandinisten passiert? Sie sind ein Teil eines demokratischen Systems geworden. Was ist falsch daran? Oder der ANC, der Teil des politischen Systems in Südafrika geworden ist. Das ist etwas, was wir akzeptieren sollten. Der Wandel ist gut in einer Region, die über Jahrzehnte hinweg stagnierte. Und zweitens: Selbst wenn wir den Wandel nicht mögen – wir können ihn nicht aufhalten. Der Wandel passiert. Anstatt gegen den Wandel anzukämpfen, sollten wir versuchen, den Wandel anzunehmen.

Der Vorsitzende: [...] verabschieden müssen, schon mal den Dank aller Kolleginnen und Kollegen dafür, dass Sie hier waren. Ich wünsche Ihnen einen guten Flug zurück und bis demnächst mal wieder. Bei uns in Westfalen sagt man: „Tschüss, bis die Tage!“

So, jetzt Herr Chimelli bitte.

Rudolf Chimelli: Die Fragen, die wir hier zusammen erörtern, sind eng miteinander verknüpft. Daran besteht gar kein Zweifel. Ich würde ganz gerne die Frage nach den Aussichten und den Auswirkungen der Intervention in Libyen an die Spitze stellen.

Ob die Intervention auf die Dauer in der arabischen Welt als positiv empfunden wird, hängt wohl davon ab, wie lange sie dauert und wie sie sich auf dem Felde auswirkt. Denn wir sollen uns keine Illusionen machen. Unblutigen Krieg gibt es nur in Videospielen. Wenn das länger dauert, wird die Auswirkung mit jeder Woche schlechter sein für den Ruf des Westens in der arabischen Welt. Daran besteht kein Zweifel. Schon jetzt fragen viele Leute, warum interveniert der Westen in Libyen? Warum interveniert er nicht im Jemen? Warum interveniert er nicht auf Bahrain? Natürlich nicht, weil der Jemen und Bahrain die Peripherie von Saudi-Arabien sind und das als Freund gilt und dessen Interessen geschützt werden müssen. Das ist eine ganz klare Sache, die wir uns besser deutlich machen sollten.

Zu Libyen muss man auch noch sagen, Ghadafi ist sehr schlecht angesehen in der arabischen Welt. Das weiß jeder. Amr Moussa hat vor ein paar Wochen gesagt, er sei ein Metzger. Schön, Saddam Hussein war auch ein Metzger, aber er hat uns wenigstens nicht vor der ganzen Welt lächerlich gemacht. Das spielt eine Rolle. Aber das ist nichts, was irgendwie helfen wird. Ghadafi hat mit vielen Leuten eng zusammen gearbeitet. Ghadafi hat nach dem 11. September den Amerikanern mit allen Kräften seiner Geheimdienste geholfen, Al Qaida-Anhänger aufzuspüren, nicht nur in Libyen, sondern überall in der arabischen Welt. Das hat ihm nicht nur Freunde gemacht. Al Qaida hat auch Sympathisanten.

Das führt mich zur nächsten Frage, die Aussichten der Islamisten und die Position der Islamisten. Wir machen uns vielleicht nicht klar genug, dass in Ländern wie Ägypten, auch Algerien,

auch Marokko, die Islamisten die einzigen funktionierenden Netzwerke haben. Wenn ein Kind krank wird und die Eltern die Medizin nicht bezahlen können, die Islamisten regeln das. Die schicken den Arzt und der bringt die Medikamente mit. Wenn bei einem Erdbeben ein Haus einstürzt – es dauert drei Tage, bis die staatliche Hilfe kommt. Die Islamisten sind in ein paar Stunden da. Das schafft ihnen Prestige und bringt Anhänger. Das sollten wir nicht übersehen. Und wir sollten auch daran denken, dass man vielleicht auf unserer Seite des Mittelmeers an die Islamisten zu hohe Ansprüche stellt. Die können ja die Probleme nicht lösen. Es ist wahr, natürlich können sie sie nicht lösen. Aber die bisherigen Machthaber, alle, ob Monarchen, Präsidenten, Militärs, konnten sie ja auch nicht lösen. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer. Die Umweltzerstörung wird immer größer. Ob die Islamisten es können, ist sehr fraglich. Aber warum wendet man auf die Islamisten diese Frage als diskriminierend an, während man das Mubarak und Ben Ali und allen anderen nachsieht?

Ich glaube in diesem Kontext übrigens, dass die Position des Königs von Marokko nicht so stark ist, wie das im Augenblick wahrgenommen wird. Natürlich ist er nicht Ben Ali, aber die sozialen Probleme in Marokko sind genau die gleichen, möglicherweise noch schärfer als in Tunesien. Und für seine Verfassungsreform hat er – er allein – die Mitglieder ernannt. Keine andere gesellschaftliche Kraft hat dabei mitgewirkt. Das ist sein Werk. Ob die Rolle des Königs als unantastbar und heilig in der neuen Verfassung angetastet wird, würde ich bezweifeln. Man darf auch nicht vergessen, dass Mohammed schon vieles versprochen hat in den Jahren, die er an der Macht ist.

Die Rolle des Militärs. Das Militär spielt eine ganz entscheidende Rolle in Ägypten. Ägypten ist heute de facto ein Militärregime. Auf dem Weg zur Demokratie, wie wir hoffen, vielleicht auch auf dem Weg zu einer gelenkten Demokratie. Das ist nicht vorhersehbar. Es könnte sein, dass Ägypten den Weg geht, den Bouteflika in Algerien gegangen ist, ein Regime, gestützt auf Militär und getragen von gemäßigten Islamisten. Als der Ministerpräsident der jetzigen ägyptischen Regierung vor zehn Tagen auf dem Tahrir-Platz erschien, um zur Menge zu sprechen, hatte er an seiner Seite einen der führenden Islamisten.

Demokratie. Es gibt viele Formen von Demokratie, auch im Westen, auch in Europa. Die schweizerische Demokratie ist anders als die republikanische Demokratie Frankreichs. Da bestehen große Unterschiede. Das könnte sich in der arabischen Welt genau so entwickeln. Es muss nicht überall so sein, wie wir uns das vorstellen. Libanon ist seit langer Zeit eine Demokratie, die natürlich auf konfessionellen Proporz gestützt ist. Aber innerhalb dieses konfessionellen Proporz besteht eine gewisse Abstimmung und eine gewisse Demokratie. Auch Saudi-Arabien ist auf merkwürdige Art eine Art von Stammesdemokratie. Der König muss den materiellen Ertrag des Reichtums weitergeben an die Klienten, an die Stämme. Die wiederum haben ihre Unterklienten. Sie haben auch mitzureden. Es ist keine Diktatur. Das sind andere Verhältnisse, auf die sich unsere Maßstäbe nicht ohne weiteres anwenden lassen. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Chimelli. Frau Krämer.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Ich bedanke mich zunächst sehr für diese zum Teil äußerst tiefreichenden Fragen und bedaure außerordentlich, dass wieder die Mehrheit der Fragen nicht angesprochen werden können, weil der Google-Sound uns daran hindert. Vielleicht doch nochmals die Frage: Wie sollen wir uns klug zu dem verhalten, was wir hier sehen, ohne uns von Wünschen überwältigen zu lassen, aber auch von diesen Ängsten, die ich zum Teil wirklich für spezifisch deutsch halte? Also, auf alles immer nur mit gefurchter Stirn zu blicken und vor allem die Gefahren zu sehen, aber nicht die Chancen. Ich würde auch an einer Stelle dem geschätzten Frager deutlich widersprechen: Hier hat m.E. niemand die Islamisten verharmlost. Das Plädoyer

geht doch in die Richtung zu sagen, sie als politische und gesellschaftliche Akteure zu betrachten, in ihrem jeweiligen Kontext, so kühl wie möglich. Das heißt aber nicht, sie zu idealisieren oder auch zu verharmlosen, aber sie auch nicht zu diabolisieren, wie das häufig der Fall ist, und sie vor allem vollkommen aus ihrem Kontext herauszunehmen und so zu tun, als seien die einzigen, die illiberal, vielleicht verengt westlich, feindlich, kritisch sind in dieser Region, Islamisten. Dem ist nicht so.

Vielleicht ein spezifischer Blick noch mal auf Ägypten. Was mich persönlich so einnimmt, ist, dass diejenigen, die diese Umbruchbewegung in Ägypten getragen haben, Barak Obama beim Wort genommen haben und gezeigt haben für die eigene Gesellschaft: „Yes, we can!“ Das kann ihnen niemand nehmen. Und das halte ich wirklich für außerordentlich wichtig. Natürlich ist es keine Garantie für einen demokratischen Rechtsstaat hinterher. Das ist ein schwieriger Weg, bei dem wir ein bisschen etwas tun können, aber nicht das zentrale. Ich glaube, das haben hier mehrere gesagt.

Die Muslimbrüder als ein Akteur unter mehreren kühl und nüchtern zu betrachten, ist ein Gebot politischer Analyse. Etwas anderes kann man von einem Wissenschaftler oder einem seriösen Journalisten nicht erwarten und schon gar nicht von einem seriösen Politiker. Natürlich sind sie eine politische Kraft und eine gesellschaftliche Kraft, die den meisten von uns unangenehm sein dürfte. Genau so, wie mir Le Pen und Konsorten unangenehm sind und Haider und Konsorten und einige andere rechtspopulistische Kräfte in Europa, aber auch evangelikale Politiker in den USA, die wir alle hinnehmen müssen, mit denen wir auch umgehen müssen, ohne sie zum Teufel zu erklären. Natürlich ist immer im Hintergrund die Frage Iran. Und da würde ich sagen, die vertiefte Analyse kann man hier nicht bieten. Aber die gesellschaftlichen, die religiösen und die politischen Rahmenbedingungen im Iraner der ausgehenden 70er Jahre auf der einen Seite und Ägypten, Tunesien, Jemen – welches Land auch immer – und der Jetztzeit sind doch starke Unterschiede. Es hat mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun. Das hat mit der globalen Machtsituation zu tun. Es hat mit der spezifischen Struktur des [...] schiitischen Islams im Gegensatz zum sunnitischen Islam woanders zu tun.

Die Muslimbrüder und die Islamisten, ja die ganze ägyptische Bevölkerung, um mich nur auf Ägypten zu verengen – man könnte zu vielem etwas sagen -, haben Iran zur Kenntnis genommen. Nun will ich nicht ihre eigene Partei hier heranziehen, der auch immer wieder gesagt wird, wir haben verstanden. Aber bestimmte Dinge sind auch unter den Islamisten verstanden worden und von breiteren gesellschaftlichen Kreisen. Dass z.B. Heilsversprechen der Islamisten nicht so weit trägt, wie sie es immer behaupten. Dass sie die sozialen und ökonomischen Probleme ihrer eigenen Gesellschaft nicht so einfach lösen. Dass sie außenpolitisch versagt haben. Iran ist nicht die Macht, als die manche Islamisten sie gerne sehen würden. Und schließlich haben sie innenpolitisch ein System etabliert einer letztlich doch theokratischen Herrschaft, die in der arabischen Welt nicht gewollt wird, und von sunnitischen Muslimen auch zurückgewiesen wird.

All das ist keine Garantie dafür, dass in der ägyptischen Gesellschaft sich nicht illiberale, ja sogar antidemokratischen Kräfte weiter ausbreiten, als wir das wollen. Aber Ägypten ist, das wissen wir, glaube ich wirklich, nicht Iran. Wir sind in einer anderen historischen Situation.

Eine wichtige Frage würde ich gerne ganz am Rande noch ansprechen, nämlich die danach, wer eigentlich neben den Muslimbrüdern noch in Ägypten für den Islam steht. Einerseits diese Frage der Islamisierung der Gesellschaft und der Kultur und der Frage, wie sich das zu den Individualisierungstendenzen verhält, die wir ja durchaus beobachten. Und da denke ich, ist es ein spannungsreicher Prozess, den man im Moment [...] Das könnte man im Einzelnen ausführen, aber jetzt nicht in der Breite so auf einen Punkt bringen [...] widersprüchlich [...] Auch die

Frauen, die Kopftuch tragen, sind häufig keine Muslima, sondern zum Teil durchaus starke Individuen, die auch Vorstellungen davon haben, was sie als Frau in der Gesellschaft wollen. Häufig auch mit einem ganz traditionellen Familienbild - Mann, Kinder, Beruf, nicht an vorderster Stelle -, aber nicht in der Masse aufgehend, sondern durchaus mit einer individuellen Vorstellung davon, was es heißt, eine Muslima in der eigenen Gesellschaft zu sein.

Es gibt populäre Prediger, die in der ägyptischen Gesellschaft und über diese hinaus einen sehr hohen und tiefen Einfluss haben und die diese spannungsvolle Verbindung von Islam auf der einen Seite und Individualisierung und gesellschaftlichem Engagement fordern und auch fördern. Ahmad Khaled ist eine Person, auf die sollte man auch achten, sich nicht ausschließlich auf die Muslimbrüder versteifen.

Darf ich noch ein bisschen was zu den Gegenkräften sagen? Gegenkräfte, die Armee. Wenn wir jetzt noch bei Ägypten bleiben – die Armee ist sicherlich eine Gegenkraft, obwohl wir wissen, dass auch in der Armee islamistisches Gedankengut oder ein islamisches Bewusstsein verankert ist, auch, unter anderem. Die Rolle der Gewerkschaft ist außerordentlich interessant zu beobachten. Sie waren lange gezähmt vom Regime. Das muss nicht so bleiben. Es gibt einen Widerstand unter den Arbeitern von bestimmten Fabriken. Auch das ist nicht etwas, was den Muslimbrüdern so genehm sein kann, das steuern sie nicht. Berufsverbände unterschiedlicher Art, vor allem natürlich wieder städtische freie Berufe, die eine gewisse Bildung voraussetzen. Auch die können eine Gegenkraft, eine gewisse aufmerksame Öffentlichkeit bilden. Wir haben Parteien als schwaches Glied, wir haben Nichtregierungsorganisationen, die man auch nicht idealisieren soll. Und aus diesen Kreisen kommt auch der Wunsch nach Unterstützung. Natürlich kann man die einzelnen Personen und Institutionen jetzt nicht aufzählen. Aber hier gibt es einen manifesten Wunsch nach diskreter Hilfe.

Und wenn ich jetzt noch etwas sagen darf: In der arabischen Welt und nicht nur dort ist das Verhältnis zum Westen zutiefst ambivalent. Ich glaube, das weiß jeder von uns, der etwas mehr Erfahrung hat und etwas mehr eigene Anschauung. Ambivalent in dem Sinne, dass es viel Bewunderung gibt für bestimmte Errungenschaften des Westens. Und die Bewunderung verteilt sich nicht gleichmäßig. Und sehr viel Kritik, sehr viel Misstrauen vor allem. Und wenig Mut, auch bei politischen Entscheidungsträgern auf der arabischen Seite, zu ihren eigenen Interessen und zu dieser Ambivalenz und auch zu ihren Erwartungen an westliche Akteure zu stehen. Der Ruf nach einer militärischen Intervention in Libyen ist ja durchaus von arabischen politischen Kräften auch geäußert worden, von manchen, die nun aber nicht dazu stehen, weil sie wissen, welchen Preis das hat. Wir werden hier wirklich die letzten Mohikaner, Volker Perthes und ich sind immer noch da. Und ich glaube, man muss sich dieser Ambivalenz immer wieder stellen, aber auch von seinem arabischen Gegenüber etwas Mut verlangen und etwas mehr Konsequenz, und ihm nicht immer erlauben, wegzutauchen, wenn sie selber Angst vor den Folgen ihres eigenen Forderns, ihres eigenen Tuns haben. Leider komme ich jetzt nicht dazu, etwas zur europäischen Politik zu sagen, aber Herr Perthes.

Der Vorsitzende: Herr Perthes.

Prof. Dr. Volker Perthes: Ich glaube, ich habe am Anfang schon eine ganze Menge zur europäischen Politik gesagt und will das jetzt gar nicht unbedingt wiederholen, weil das auch nicht nachgefragt worden ist. Vielleicht [...] eine Kontroverse hier auf dem Panel entsteht: Ich war mit Herrn Chimelli nicht einverstanden, als er gesagt hat an einem Punkt, dass die Rolle der Türkei nachlassen wird in der Region, wenn in Syrien das Regime von Bashar al Assad fällt. Ich glaube, es ist umgekehrt. Die Türkei ist mittlerweile sehr stark gesellschaftlich, politisch in Syrien unterwegs, und zwar nicht nur auf der Seite des Regimes. Sie hat es tatsächlich geschafft,

wie auch vorher in Ägypten und wie auch in Libyen sehr starke Kontakte aufzubauen, die ihr zeigen, wann der Wind sich dreht. Und wir haben schon gesehen, dass auch Erdogan Assad gegenüber gesagt hat, es wäre mal Zeit zu Reformen. Dass er seine Vermittlungsbemühungen, die hier niemand mitbekommen hat, zwischen den Muslimbrüdern und dem syrischen Regime aufgegeben hat, weil er gesagt hat, das Regime ist nicht reformfähig, da nimmt die Türkei bereits eine andere Seite ein. Und die Penetration Syriens durch ökonomische Interessen aus der Türkei hat ein Maß erreicht, was man allenfalls mit europäischer Nachbarschaftspolitik in Tunesien, glaube ich, vergleichen kann. Also sie sind unglaublich stark tätig da. Und ich glaube, es ist auch etwas, wo wir uns fragen sollten, können wir das nicht einfach positiv nutzen, dass die Türkei ein so starker Akteur dort ist, gerade im Norden Syriens.

Libyen – ich weiß natürlich auch nicht, wie es dort weiter geht, Herr Stinner. Sie hatten eben noch mal gefragt, ist es ein Modell für andere Staaten oder was steht dort bevor. Ich glaube, dass, wenn sich die internationale Intervention an das Mandat des Sicherheitsrates hält – und das wäre zu empfehlen, dass sie sich daran hält -, dass wir zumindest zeitweise eine Spaltung des Landes haben werden. Das ist auch nicht das schlimmste aller Szenarien. Wir haben ja so etwas durchaus im Norden des Irak für eine Zeit gehabt. Und den Kurden in der Schutzzone ging es besser, als wenn man die Schutzzone nicht errichtet hätte. Also, ich finde, das ist jetzt nicht die schlimmste aller Entwicklungen. Da wird man sehen, wie sozusagen die innere Entwicklungen in Libyen und das Embargo gegen Libyen, auch die Entwicklungen in Tripolis und dem Rest des Landes vorantreiben. Es ist ein Modell für Interventionen an anderen Stellen sicherlich nicht. Die Frage ist ja nicht nur, was moralisch legitim ist, sondern auch, was weise ist und was machbar ist. Und natürlich kann nicht die NATO sagen, wir greifen jetzt überall ein, wo es Menschenrechtsverletzungen gibt, unabhängig davon, welche Wirkungen das entfalten würde. Und tatsächlich gibt es ja Unterschiede. Mustafa Barghouti - oder war's Chimelli? – hat schon zu Recht darauf hingewiesen, Ghadafi hat keine Unterstützung in der arabischen Welt. Und insofern gibt es hier wirklich eine andere Haltung.

Ein Eingriff – du hast es sozusagen nicht direkt gefragt, Kerstin -, aber sozusagen die Frage war implizit. Ein Eingriff in Syrien, wenn es dort zu einem Massaker auf dem Marghed-Platz kommt, könnte uns in irakische Verhältnisse bringen, wo plötzlich dann das Regime es doch noch schaffen würde zu sagen, aha, ihr seht ja, hier ist der Rest der Welt gegen uns, und wir müssen die Dignität der Araber und der Staaten usw. unterstützen. Und wenn ich gesagt habe oder zitiert habe, dass ein wichtiger Syrer mir gesagt hat, please don't help us, dann heißt das natürlich nicht, dass wir nicht deutlich machen sollten, dass wir auf der Seite derer stehen, die friedlich für Veränderungen eintreten. Egal, ob das letztlich das Regime ist oder ob das demokratische Bewegungen sind, aber wir sollten nicht andeuten, wir sollten nicht sozusagen die Propaganda des Regimes unbewusst stärken, die heißt – und das hat Bashar al Assad ja in der letzten Woche versucht zu sagen -: All dies ist ausländische Konspiration. Nein, es ist ganz wichtig, dass man auch deutlich macht, dass man auch sieht, auch, was in Syrien in den letzten zwei Wochen geschehen ist, ist eine autochthone Bewegung. Und es ist eine autochthone Bewegung! Und da sollte man nicht einen anderen Eindruck herstellen.

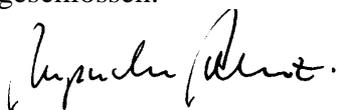
Das Militär, da muss ich jetzt doch noch mal ein bisschen was anderes sagen, sonst sagt niemand was Positives über die armen Soldaten hier. Ich finde, dass ägyptische Militärs und dass tunesische Militärs sich in einer Weise verantwortlich verhalten haben, die die meisten von uns nicht erwartet haben. Und da schließe ich mich selber ein. Hätte man mich vor einem Jahr gefragt, auf welcher Seite steht das ägyptische Militär, da hätte ich zwar sagen können, es steht gegen die Vererbung innerhalb des Hauses Mubarak. Aber wird es einen demokratischen Prozess versuchen auf den Weg zu bringen? Ich glaube, da wäre ich nicht so positiv gewesen. Ich glaube, hier hat sich gezeigt, dass dieses Militär tatsächlich staatsorientiert ist und nicht regimeorientiert und

dass das gut und wichtig ist. Eine unter vielen Konsequenzen ist für mich, dass [...] Die NATO fragt sich ja auch immer, was sie tun soll mit ihrem eigenen Mittelmeerdialog. Und ich glaube, dass die Militär-zu-Militär-Kontakte von Armeen in demokratischen Staaten zu Armeen in diesen neuen Transformationsländern ganz wichtig sein könnten. Und wir reden da auch mit der NATO drüber, ob es nicht richtig ist, ähnlich wie wir das nach der Wende in der Ukraine oder nach der Wende in Russland gemacht haben, zu sagen, baut durchaus Militär-zu-Militär-Kontakte auf, um so etwas wie unser Bürger in Uniform- und Militär in demokratischen Staaten-Konzept vielleicht auch hier noch zu verstärken, sofern das gewünscht wird.

Jetzt, Rolf, hast du gesagt, ich soll noch mal alle anderen Länder im Einzelnen besprechen. Das verhindert Google hier. Irak, ich sagte das schon, ich glaube, wir haben hier tatsächlich demokratische Institutionen, aber keine Akteure, die es füllen. Gleichwohl gibt es im Irak sehr wohl [...] Die Welle geht nicht vorbei am Irak. Wir sehen auch im Irak, und zwar sowohl Proteste gegen die kurdischen Autoritäten im Norden als auch Proteste in den einzelnen Regionen gegen die jeweiligen Powers [...]. Und ich glaube, das ist eine ganz gute Entwicklung und ich denke, der Irak kann das mit den Institutionen, die er hat, verarbeiten. Saudi-Arabien ist für mich [...] Ich habe eben in meiner Einleitung gesagt, ich glaube, Saudi-Arabien kann, wenn es sichtbare graduelle Reformen durchführt, einen Zusammenbruch, eine Revolution abwenden. Vieles hängt dort, und das ist nicht immer positiv, von Personen haben, vor allem, wenn man sozusagen seine Erwartungen und Szenarien auf die Gesundheit eines 86-Jährigen bauen muss. Dann ist das schon relativ schwierig. Die Frage, wer der Nächste in der Linie sein wird; wird Innenminister Naif übernehmen, macht die Dinge zweifellos nicht leichter. Ich glaube, Saudi-Arabien hat alle Chancen, durch die Krise zu kommen, aber alle Chancen heißt nicht, dass es auch die richtigen Optionen in jedem Fall ergreifen wird. Man kann sehr Wild Card-Szenarien entwickeln, aber ich glaube, dazu reicht dann die Zeit auch nicht mehr.

Der Vorsitzende: Ja, meine sehr geehrte Damen und Herren, wir sind absolut mit einer zeitlichen Punktlandung nach drei Stunden am Ende dieser öffentlichen Anhörung. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen - Herr Chimelli, Frau Krämer, Herr Perthes, auch natürlich bei Herrn Ostry und Herrn Barghouti, die schon haben gehen müssen – bedanken. Ich glaube, ich kann im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sagen, es war für uns außerordentlich hilfreich und interessant und ich glaube auch, für die künftige Arbeit wertvoll, was wir heute gehört haben. Mein Eindruck war, ohne dass ich jetzt eine Zusammenfassung versuchen wollte: Es hat sicherlich den einen oder anderen Bewertungsunterschied gegeben. Aber ansonsten haben wir den großen Vorteil, dass im Grunde alle fünf eingeladenen Experten doch sich in einem großen breiten Korridor der Gemeinsamkeit der Analyse bewegt haben, wo dann unterschiedliche Facetten dazu beigetragen haben, natürlich auch ein bisschen bedingt durch unsere Microsoft-gestützte zeitliche Reglementierung. Aber ohne die hätten wir es natürlich auch nicht in diesen drei Stunden geschafft. Da bitte ich ein bisschen um Verständnis. Das ist manchmal so ein bisschen rigoros und vielleicht auch unparlamentarisch. Ich hätte hier auch noch ein Glöckchen gehabt, aber es wäre auf das Gleiche herausgelaufen.

Ganz herzlichen Dank, dass Sie da waren, Ihnen allen fürs Mitmachen und die Sitzung ist geschlossen.



Ruprecht Polenz, MdB
Vorsitzender